



Bürgerreport

Bürgerdialog zum Klimaschutzplan 2050



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Im Auftrag des Bundesministeriums für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Inhalt

Kernbotschaften Bürgerdialog Klimaschutzplan 2050	3
Zum Bürgerdialog	5
Ergebnisse: Maßnahmenempfehlungen an die Regierung aus Bürgersicht.....	9
Energiewirtschaft	9
Gebäude	11
Verkehr	13
Landwirtschaft/Landnutzung	15
Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	16
Ansprechpartner und Bildnachweise	18
Anhang	19
Volltext Maßnahmenvorschläge	19





Kernbotschaften Bürgerdialog Klimaschutzplan 2050

Ziel der Beteiligung: Strategische Maßnahmen für den Klimaschutzplan

Die Bundesregierung beteiligt Bundesländer, Kommunen, Verbände und Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung des Klimaschutzplanes 2050, den sie im Sommer 2016 vorlegen wird. Der Klimaschutzplan soll Fortschritte auf drei Ebenen bringen:

1. Er wird konkrete Leitbilder für die einzelnen Handlungsfelder formulieren. Die Handlungsfelder sind:
 - Energiewirtschaft
 - Industrie & Gewerbe / Handel / Dienstleistungen (inkl. Abfallkreislaufwirtschaft)
 - Gebäude
 - Verkehr
 - Landwirtschaft und Landnutzung (inkl. Ernährung)
2. Er wird für all diese Bereiche Veränderungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten beleuchten, die Wechselwirkungen untereinander darstellen sowie Risiken und Abhängigkeiten aufzeigen und
3. Er wird insbesondere das Zwischenziel für 2030 bereits mit konkreten Reduktionsschritten und Maßnahmen unterlegen.

Über die Beteiligung sollten strategische Maßnahmen für den Klimaschutzplan erarbeitet werden, die dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2050 um mindestens 80-95% gegenüber 1990 zu reduzieren.

"Wir haben jetzt die Chance und die Pflicht, die Welt so zu verändern, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder gut leben können. Nur wenn in allen Handlungsfeldern wirkungsvolle Maßnahmen umgesetzt werden und wenn diese eine breite gesellschaftliche Akzeptanz finden, können wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen. Dazu brauchen wir die Perspektive, die Ideen und Erfahrungen von Menschen, die sich in ihrem Alltag zumeist mit ganz anderen Themen beschäftigen. Klimaschutz braucht die Mitwirkung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger."
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks



Tag des Bürgerdialogs am 14. November 2015

77 Maßnahmen-
vorschläge am Tag
des Bürgerdialogs

Der Tag des Bürgerdialogs zum Klimaschutzplan fand am 14. November 2015 zeitgleich in Essen, Frankfurt, Hamburg, Leipzig und Nürnberg statt. 472 Bürgerinnen und Bürger haben an diesem Tag 77 Maßnahmenvorschläge für den Klimaschutzplan 2050 erarbeitet.

Querschnitt der
Bevölkerung

Um einen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden, wurden die Bürgerinnen und Bürger durch eine telefonische Zufallsauswahl in Stadt und Umland gewonnen. Die Teilnehmenden haben Bürgervorschläge in allen fünf Handlungsfeldern des Klimaschutzplanes erarbeitet: Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft/Landnutzung sowie Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

Nach dem Tag des Bürgerdialogs konnten alle Teilnehmenden über ihre 77 Maßnahmenvorschläge in einem Onlinedialog unter www.klimadialog2050.de abstimmen.

TOP 10 der
Bürgervorschläge

„Top10“ der Vorschläge aus dem Bürgerdialog

Die „Top10“ Maßnahmenvorschläge aus dem Bürgerdialog aus allen Städten und über alle Handlungsfelder hinweg sind:

1. Länderübergreifendes Netzwerk für erneuerbare Energien (Frankfurt)
2. Kennzeichnung der Produkte nach ökologischem Fußabdruck (Leipzig)
3. Dezentralisierung der Energieproduktion und Verteilung (Hamburg)
4. Agrarwende jetzt – Regionale, ökologische Landwirtschaft = Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz (Nürnberg)
5. Steuerliche Anreize für klimafreundlichen Verkehr schaffen! (Nürnberg)
6. Besteuerung aller Verkehrsmittel nach ihrer Gesamtenergiebilanz (Leipzig)
7. Güterfernverkehr von der Straße (Essen)
8. Anreize für langlebige Produkte schaffen (Leipzig)
9. Industrielle Landwirtschaft stoppen, Ökolandbau fördern! (Essen)
10. Energieversorgung dezentralisieren und regionalisieren (Nürnberg)

Kommentierung im Onlinedialog

Kommentare
Online-Dialog

Die interessierte Öffentlichkeit konnte alle Maßnahmenvorschläge im Onlinedialog kommentieren. Die mit Abstand meisten Kommentare im Onlinedialog gab es zu dem Vorschlag „Abschaffung der Massentierhaltung“. Der umstrittenste Vorschlag „Sauberer Brennstoff für Milliarden Jahre“ zur Kernfusion erhielt die zweitmeisten Kommentare. Weitere Kommentardebatten entstanden zu Vorschlägen wie „Länderübergreifendes Netzwerk für erneuerbare Energien“ und „Ausstieg aus Kohleenergie“.

„Die Zusammenarbeit mit den Leuten ging wunderbar. Es hat Spaß gemacht. Es war ein bisschen anstrengend, aber ansonsten richtig toll.“
Dagmar Waltz, Hamburg



Zum Bürgerdialog

Zum Bürgerdialog

Die folgende Grafik fasst den Bürgerdialogs zum Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung auf einen Blick zusammen:



Wie wurden die Teilnehmenden gewonnen?

Zufallsstichprobe führt zu 2.454 Interessierten

Die Teilnehmergewinnung zielte darauf, per Zufallsauswahl aus den öffentlichen Telefonregistern an jedem der fünf Veranstaltungsorte 100 Teilnehmende zu gewinnen, die jeweils einen Querschnitt der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Bildung abbilden. Die Zufallsstichprobe aus Stadt und Umland der fünf Städte umfasste 76.451 angerufene Telefonnummern. Die erwartete Resonanz: 2454 bzw. 3,2 % der Angerufenen zeigten sich interessiert und erhielten umfangreiches Infomaterial zum Bürgerdialog Klimaschutzplan 2050.

472 Bürgerinnen und Bürger nahmen teil

Am Tag des Bürgerdialogs haben in Hamburg, Leipzig, Essen, Frankfurt und Nürnberg von 555 Angemeldeten letztendlich 472 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen (Essen: 85, Frankfurt: 93, Hamburg: 97, Leipzig: 97, Nürnberg: 100). Darunter waren 213 Frauen und 259 Männer.

Beteiligung von jungen Menschen

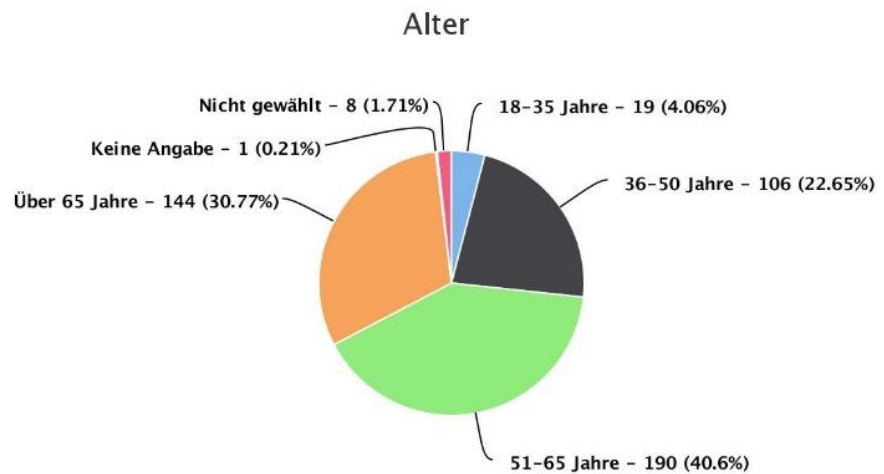
Bei der Gewinnung von jungen Menschen stieß die Zufallsauswahl an ihre Grenzen. Trotz einer Fokussierung auf die Gewinnung von jungen Menschen in der Endphase konnte diese Gruppe seltener zur Teilnahme bewegt werden¹.

¹ Diese Erfahrung wurde auch bereits bei anderen Beteiligungsverfahren gemacht. Deswegen werden Kinder und Jugendliche gezielt über eigene Verfahren beteiligt (z.B. www.klimakunstschule.bildungscnt.de oder Teilnahme von Jugendlichen an der Klimaschutzkonferenz in Paris im Dezember 2015).



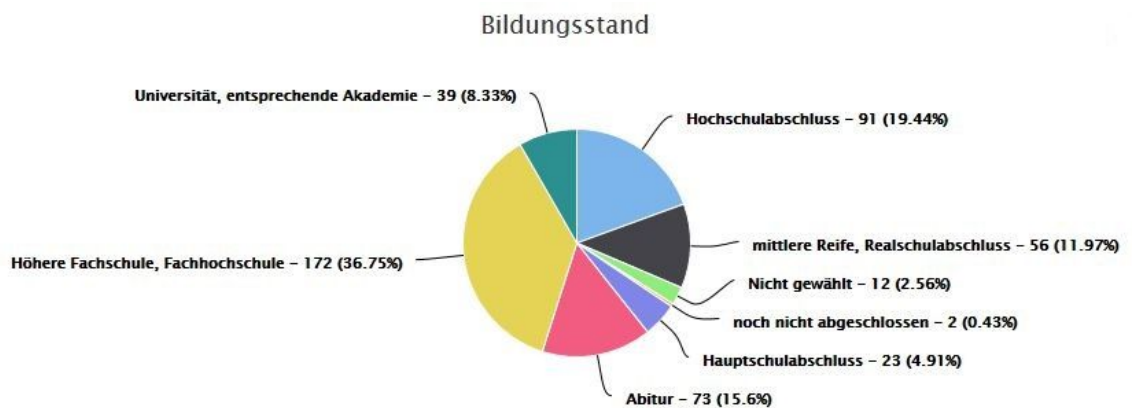
Zum Bürgerdialog

Bei sonst ähnlich großen Anteilen aller Altersgruppen an der Bevölkerung war besonders die Gruppe der 51-65jährigen überrepräsentiert.



Mehr Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen

Mit Blick auf den Bildungsabschlüssen kamen die Teilnehmer aus allen Bereichen der Gesellschaft und bildeten den angestrebten Querschnitt. Aber die Erfahrung ähnlicher Verfahren bestätigte sich auch hier: Teilnehmende mit höheren Bildungsabschlüssen waren deutlich stärker repräsentiert.



„Viele Sachen hat man gedacht oder hat sie in der Presse gelesen, aber es waren auch einfach viele Punkte da, wo man gedacht hat: „Mensch, die haben Recht, da muss man mal rangehen!“ Erich Beitz, Essen

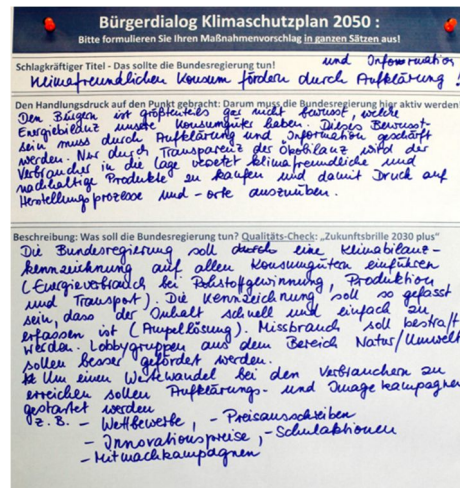


Zum Bürgerdialog

Arbeitsphasen zur Erarbeitung von Maßnahmenempfehlungen

Wie ist das Verfahren gestaltet?

Die zentrale Arbeitsmethode am Tag des Bürgerdialogs waren Tischgruppen, die jeweils ein Handlungsfeld bildeten. Infomärkte gaben den Teilnehmern nach einzelnen Arbeitsphasen einen Überblick über die Ergebnisse der anderen Tische.



Die Ideenentwicklung am Anfang der Arbeitsphasen erfolgte schlagwortartig auf Überschriftenstreifen. Im Anschluss konkretisierten die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge dann Schritt für Schritt und dokumentierten ihre Arbeit auf Steckbriefen in Doku-Poster-Format bis hin zur finalen Ausarbeitung der Maßnahmenvorschläge.

Ergebnis: 77 Maßnahmen aus Bürgerhand

Zentrales Ergebnis sind **77 Maßnahmenempfehlungen** „aus Bürgerhand“.

Stadt	Maßnahmen
Essen	12
Frankfurt	15
Hamburg	17
Leipzig	14
Nürnberg	19

Abstimmung und Kommentare im Onlinedialog

Der dem Bürgerdialog nachgeschaltete Onlinedialog vom 24. November bis zum 21. Dezember 2015 gab der Öffentlichkeit und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu den entwickelten Maßnahmenempfehlungen. Jeder registrierte Nutzer konnte die Maßnahmen kommentieren sowie die eingegangenen Kommentare bewerten („gefällt mir“ oder „gefällt mir nicht“).

„Ich finde solche Dialogrunden ausgezeichnet. Man darf die Bürger auf keinen Fall unterschätzen. Das hat hier eine sehr hohe Qualität gehabt und ich glaube, dass ist noch mal ein ganz anderer Input als das, was sich sicherlich kluge Menschen in den Ministerien und Behörden überlegen.“
Martina Behrens, Essen



Zum Bürgerdialog

Abstimmung durch Teilnehmer vom Tag des Bürgerdialoges

Die Teilnehmenden vom Tag des Bürgerdialogs hatten darüber hinaus eine Sonderrolle: sie konnten über ihre 77 Vorschläge abstimmen („stimme zu“, „stimme dagegen“, „enthalte mich“). Auf diese Weise kam ein Meinungsbild zu den Bürgervorschlägen zustande, das auf einem zufällig ausgewählten Querschnitt der Bevölkerung beruht und damit Verzerrungen durch Mobilisierungseffekte vermeidet. Die Teilnehmenden vom Tag des Bürgerdialogs erhielten für diesen Status einen besonderen Zugangscode (per Post und Mail).

Bis zum Ende des Onlinedialoges am 21. Dezember 2015 haben sich

- 419 Teilnehmer registriert, die 625 Kommentare abgegeben haben;
- darunter 207 Teilnehmer vom Tag des Bürgerdialoges, die insgesamt 2.874 Stimmen zu den Maßnahmenvorschlägen abgegeben haben.
- Die Kommentare erhielten zusätzlich 3.644 Bewertungen der Kommentare.

12 Bürgerdelegierte für das Delegiertengremium

Auf jeder Veranstaltung wurden zwei Bürgerdelegierte (je ein Mann und eine Frau) sowie zwei Stellvertreter /-innen ausgelost, die sich im Vorfeld bereit erklärt hatten, diese Aufgabe zu übernehmen. Im Onlinedialog wurden zwei weitere Bürgerdelegierte ausgelost. Die 12 Bürgerdelegierten bringen die Bürgerempfehlungen im Delegiertengremium ein, an dem auch Vertreter aus Bundesländern, Kommunen und Verbänden beteiligt sind. Ihre Aufgabe: ein gemeinsames Paket an Maßnahmenempfehlungen zum Klimaschutzplan 2050 für die Bundesregierung schnüren.

Das gemeinsame Maßnahmenpaket wird der Bundesregierung vom Delegiertengremium im März 2016 übergeben. Im Anschluss wird die Bundesregierung die Maßnahmen prüfen, in geeigneter Weise Stellung nehmen und den Klimaschutzplans 2050 erstellen, der im Sommer 2016 im Kabinett verabschiedet werden soll.

Hinweis: Die Bürgerdelegierten haben in einer Redaktionssitzung am 16. Januar in Kassel diesen Bürgerreport diskutiert und bestätigt.

„Ich fand es besonders toll, dass man als Bürger mit ins Boot geholt worden ist: Klimaschutz 2050! Hört sich weit an, aber wir müssen jetzt anfangen etwas zu tun.“ Katharina Fechtner, Nürnberg



Ergebnisse: Maßnahmenempfehlungen an die Regierung aus Bürgersicht

77 Maßnahmen-
vorschläge für 5
Handlungsfelder

Die Bürgerinnen und Bürger haben am Tag des Bürgerdialoges 14. November 2015 in allen fünf Städten zusammen 77 Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Die meisten Vorschläge wurden zu den Handlungsfeldern Energie und Verkehr entwickelt.

Handlungsfeld	Maßnahmen
Energiewirtschaft	22
Verkehr	21
Gebäude	10
Landwirtschaft/ Landnutzung	14
Industrie, Gewerbe, Handel & Dienstleistungen	10

„Ich bin erstaunt, wie viel hier rauskommt. Also das ist mein Aha-Effekt.“
Helia Mehner, Leipzig

Energiewirtschaft

In den fünf Städten haben die Teilnehmer jeweils 3-6 Maßnahmenvorschläge zur Energiewirtschaft erarbeitet – insgesamt 22, bei denen mehrere zentrale Themen im Vordergrund standen. So beschäftigen sich vier Bürgervorschläge mit der Dezentralisierung der Energieversorgung, vier weitere schlagen ökonomische Anreize wie eine CO₂-Steuer vor. Das Thema Stromspeicher behandeln drei Vorschläge, den Ausstieg aus der Kohle zwei Vorschläge.

Die meiste Zustimmung der Teilnehmer vom Bürgerdialog im Onlinedialog erhielt ein Vorschlag, der sich für die internationale Zusammenarbeit einsetzt. Die meisten Kommentare sammelte ein umstrittener Vorschlag zum Thema Kernfusion, der zugleich die meisten Gegenstimmen erhielt. Weitere Diskussionsschwerpunkte mit einer relativ hohen Anzahl von Kommentaren waren Internationale Zusammenarbeit, Dezentralisierung der Energieversorgung und der Kohleausstieg.



Ort	Maßnahmenvorschläge Energiewirtschaft	Stimmen		
				
Frankfurt	Länderübergreifendes Netzwerk für erneuerbare Energien Überführung der Gas- und Stromnetze in eine öffentliche Gesellschaft und Verknüpfung mit Speichern in EU-Nachbarländern.	57	5	2
Hamburg	Dezentralisierung der Energieproduktion und -verteilung Staatliche Förderung dezentraler Angebote, Stärkung kommunaler Versorger, Ende der Förderung für 4 große Energieversorger	51	1	0
Nürnberg	Energieversorgung dezentralisieren und regionalisieren Förderung von lokalen Kleinproduzenten, zeitlich begrenzte Förderung von Speicher- und Akkutechnik, verbindlicher Kohleausstieg	41	2	0
Nürnberg	Entwicklung neuer, effizienter Stromspeicher Speichertechnik dezentrale Energieverbraucher fördern, Pilotanlagen Power to Gas, Forschungsgelder neuer Speichertechnologien	39	2	0
Leipzig	CO₂-abhängige Besteuerung von Strom und Wärme Mehreinnahmen zugunsten der Förderung vielfältiger dezentraler und regionaler Lösungen für Unabhängigkeit von Großkonzernen	39	5	3
Frankfurt	Ausstieg aus Kohle-Energie Ausstieg aus Braunkohle bis 2020, Steinkohle bis 2030; Umleitung der Subventionen auf Erneuerbare; Mehr Energieeffizienz durch Anreize	38	2	3
Essen	Das Transportieren und Speichern von erneuerbarer Energie möglich machen Konzertierte Aktion Wirtschaft, Forschung u. Verbände; Ausbau Wasserstoffspeicherfähigkeit und dezentrale Speicher	33	7	2
Hamburg	Ausstieg aus der Kohleverstromung Laufzeiten begrenzen, neue Kohlekraftwerke verbieten; Ausstieg durch Abgaben/Steuern fördern; Rückbaugesellschaften vorschreiben	34	2	4
Frankfurt	Demokratisierung durch Dezentralisierung der Energiewirtschaft Bürgerbeteiligung an Erzeugung (Sonne, Wind) sicherstellen; Vorrang regionale/kommunale Anbieter; keine europaweite Ausschreibung	34	4	4
Nürnberg	Kennzeichnungspflicht für Gesamtenergiebilanz Vorgaben für Produkte zu besseren Kaufentscheidung; ganzen Lebenszyklus berücksichtigen; Durchsetzung auf EU-Ebene	31	4	1
Nürnberg	Abschaffung von Sonderrabatten und Subventionen für gewerbliche Energieverbraucher Alle Verbraucher zahlen EEG-Umlage; gerechtere Kostenverteilung Finanzierung Energie; Gesetze Energieeinsparung Industrie	28	4	2
Hamburg	Internalisierung externer Kosten – Verbraucher/Verursacher mit tatsächlichen Kosten belasten Verursacherprinzip stärken: Gemein- vor wirtschaftlichem Einzelinteresse; keine Kostenbefreiung für Wirtschaft, Luft/Gütertransport	26	3	0
Leipzig	Energie von hier! – Förderung der Nutzung lokal verfügbarer Energie	29	5	5



Ort	Maßnahmenvorschläge Energiewirtschaft	Stimmen		
	Abschaffung EEG-Umlage auf lokalen Strom aus Erneuerbaren; Preis- und Marktmodell für lokale Energieerzeugung			
Hamburg	Jetzt! CO₂-Steuer einführen Einheitlicher Preis/Tonne CO ₂ für alle Verbraucher; jährliche Prüfung Preisgestaltung; Staatseinnahmen für Umweltprojekte	27	5	6
Essen	Lebenslang Energiemündigkeit fördern und fordern Info-Kampagnen u. Bildungszielvorgaben für Länder; einfacher Zu- gang zu Information, Qualitätssicherung mit regelmäßiger Evaluation	20	6	1
Nürn- berg	Hirnströme für guten Strom Aufbau europäischer Forschungscluster für Stromerzeugung und Speichertechnik; Garantie Neutralität, Langfristigkeit u. Transparenz	19	9	1
Essen	Rahmenbedingungen für die effiziente Umsetzung von CO₂- mindernden Projekten (vereinfachte Gesetzgebung, realisti- sche Grenzwerte, schnelle Entscheidungsprozesse, Förderung, transparente Kommunikation) Förderung dezentraler Speichertechniken mit optimierten Lastma- nagement; Crowd Funding für Investitionen Speichertechniken	19	8	3
Hamburg	Nachhaltige Energie-Kreislauf-Wirtschaft Rahmenbedingungen und gesetzliche Anreize für 100 % nachhaltige Energieversorgung	20	6	7
Nürn- berg	Überregionaler/Internationaler Energieaustausch (regenerativ) Effiziente Speicherung regionaler/nationaler Überschüsse; Vervielfa- chung Energieübertragungsnetze; Förderung FuE	13	15	7
Frank- furt	Einflussnahme auf die internationale Energiepolitik Deutschland nicht nur Insellösung: Abstimmung europäischer Ener- giepolitik, techn. Hilfe für Schwellenländer	13	8	7
Hamburg	CO₂-Reduzierung Durch grüne Städte, Bewaldung u. Naturpflege; CO ₂ -Kreislauf mit Wasserstoffsynthese aus Erneuerbaren; Prototypen bis 2030	13	9	10
Leipzig	Sauberer Brennstoff für Milliarden Jahre Massive Förderung FuE Kernfusion; Aufklärungskampagne Unter- schied Kernspaltung; internationale Zusammenarbeit Forschung	15	6	30

Gebäude

In allen Städten haben die Teilnehmer insgesamt 10 Maßnahmenvor-
schläge zum Handlungsfeld Gebäude entwickelt, am meisten in Frankfurt
und Nürnberg mit jeweils drei Vorschlägen. In vielen der Vorschläge be-
schäftigten sich die Bürgerinnen und Bürger mit finanziellen Anreizen für
die energetische Gebäudesanierung. Drei Vorschläge drehen sich um die
Frage des Einsatzes nachhaltiger, natürlicher Baustoffe. Ebenfalls in drei



Ergebnisse: Maßnahmenempfehlungen an die Regierung aus Bürgersicht

Vorschlägen behandeln die Teilnehmer das Thema Speicherung erneuerbarer Energien in Gebäuden und Wärmenetzen.

Im Vergleich zum Handlungsfeld Energiewirtschaft gab es im Onlinedialog deutlich weniger Kommentare zu den Vorschlägen für Gebäude. Umstritten war kein Vorschlag, am meisten Zustimmung erhielt der Maßnahmenvorschlag „Nachhaltige Baustoffe sichern den Klimaschutz!“

Ort	Maßnahmenvorschläge Gebäude	Stimmen		
Essen	Nachhaltige Baustoffe sichern den Klimaschutz! Forschungsförderung für nachhaltige Baustoffe und zentrale Anlaufstelle zu Erkenntnissen aus Baustoffforschung als Entscheidungshilfe	40	-	1
Frankfurt	FlexLiving – das intelligente Wohnbauprogramm Aktive staatliche Rolle für lebensphasenübergreifenden Wohnungsbau mit finanzieller Förderung für Um/Weiternutzung des Bestandes	30	-	5
Nürnberg	Vorrangige Förderung dezentraler Energieversorgung - unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten KWK in Ein- u. Mehrfamilienhäusern fördern mit Verteilung in lokalen Wärmenetzwerken; Entwicklung bezahlbarer Speichertechniken	26	-	6
Nürnberg	Technik der Energiespeicher für Gebäude vorantreiben Hochdruck für Forschungsförderung, Test in Pilotprojekten und finanzielle Anreize für breiten Einsatz marktreifer Speichertechniken	28	-	5
Hamburg	Gewichtung der Technologien und Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung Wissenschaftliche Prüfung u. Kommunikation der Alternativen; kostengünstige Maßnahmen fördern, Baukultur erhalten; Beratung	24	-	7
Leipzig	Förderung der herstellerunabhängigen Baustoffforschung Staatliche Mittel für unabhängige Baustoffforschung in unabhängigen Instituten; multimediale Kommunikation der Ergebnisse	23	-	4
Frankfurt	Motivation der Gebäudeeigentümer durch gezielte Anreize; Förderprogramm Unabhängige Informationsplattform; Langzeitprogramme Finanzierung (z. B. Steuernachlass), Aufklärungskampagne (auch Schulen)	23	-	7
Nürnberg	Unabhängige Sanierungsberatung und Förderung natürlicher Baustoffe Unabhängige staatliche Beratungsbüros, intensive Aufklärungsarbeit mit Vergabe von Krediten und Zuschüssen als Anreize.	22	-	7
Frankfurt	Energieeinsparverordnung novellieren Dämmstandards Bestand Richtung 2030 festlegen, Sanierung im Lebenszyklus Gebäude; Weiterentwicklung Speicher	15	-	6
Leipzig	Mehrgenerationenbauen – klimaschonend – nachhaltig gedacht Umdenken wegen Demographie; Gewinnung junger Familien; Aufklärungsarbeit; Anpassung Baugenehmigungen Wohngebiete	14	-	12



Verkehr

Zum Handlungsfeld Verkehr wurden in allen Städten jeweils 3-6 Maßnahmenvorschläge entwickelt (insgesamt 21). Thematischer Spitzenreiter über die Städte hinweg ist das Thema ÖPNV mit 7 Empfehlungen, gefolgt von der konsequenten Berücksichtigung des Klimaschutzes bei der Besteuerung im Verkehr.

Die höchste Zustimmung in der Online-Abstimmung erhielten zwei Vorschläge zur Schaffung steuerlicher Anreize zur Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel, auf dem dritten Platz folgt eine Maßnahme zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene bzw. Wasser. Die meisten der wenigen Kommentare im Handlungsfeld Verkehr haben die beiden Vorschläge zur Reduktion des Flugverkehrs und zur Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen erzeugt.

Ort	Maßnahmenvorschlag Verkehr	Stimmen		
Nürnberg	Steuerliche Anreize für klimafreundlichen Verkehr schaffen! Anwendung Verursacherprinzip, Umwandlung Dienstwagenprivileg für emissionsarme PKW, Kerosinsteuer, Steuerreduktion Bahn	48	0	1
Leipzig	Besteuerung aller Verkehrsmittel nach ihrer Gesamtenergiebilanz CO2 pro Personenkilometer besteuern, Mitteleinsatz zur Förderung umweltfreundlichen Verkehrs	46	0	0
Essen	Güterfernverkehr von der Straße Ausbau der Schienen- und Wasserwege sowie Logistikzentren, danach drastische Erhöhung LKW-Gebühren	46	0	2
Nürnberg	ÖPNV stärken Attraktiver ÖPNV (Takt, Ausbau, Vernetzung); Entwicklung Finanzierungskonzept, das <u>alle</u> einbezieht in bestehende Steuern/Abgaben	39	2	0
Nürnberg	Öffentliche Mobilität als Bürgerrecht Verbesserung öffentlicher Verkehrsverbindungen, einfaches, bezahlbares Tarifsyste.ms, Bereitstellung eines passenden Verkehrsetats	41	3	2
Hamburg	Förderprogramm zur Steigerung der Attraktivität des Fahrradverkehrs Förderung der Radverkehrsinfrastruktur und Schaffung von Anreizen zum Umstieg aufs Rad; Fahrradmitnahme	38	3	1
Frankfurt	Emissionsfreie Antriebstechnologie fördern Staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung von Antriebstechnologien bei Sicherung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit	34	3	0
Frankfurt	Öffentlichen Nahverkehr attraktiver und flächendeckend gestalten Subventionen durch den Bund für eine günstige und gerechte Preisgestaltung; Vorgaben Bund für ÖPNV-Mindeststandard	30	4	1



Ort	Maßnahmenvorschlag Verkehr	Stimmen		
				
Nürnberg	Tempolimit auf Autobahnen max. 120 km/h Gesetz, Überwachung gegen Übertretungen; mehr Akzeptanz durch Studien zu Verkehrsfluss, Unfallstatistik, Schadstoffen	34	6	9
Hamburg	Reduktion von (innerdeutschen) Starts und Landungen im Flugverkehr Weniger „Billigflieger“, höhere Kerosinsteuer, Nachtflugverbote, kein Ausbau Regionalflughäfen, längere Züge und Magnetschwebbahnen	29	5	6
Frankfurt	Für eine ökologisch nachhaltige Güterverteilung sorgen Mautpflicht erweitern und Erhöhung der Gebühren, die Einnahmen in den Bahnausbau investieren, Tempolimit für Sprinter	25	8	2
Leipzig	Runter vom Gaspedal – 130 km/h Tempolimit Umgehende Einführung 130 km/h auf allen Autobahnen mit effizienter Kontrolle per Gesetz; Autolobby entgegenwirken	30	3	9
Leipzig	Ausbau und Erweiterung des ÖPNV Umlagefinanzierten ÖPNV einführen, der Ausbau und die Qualitätssteigerung ist steuervorfinanziert, positive Imagekampagne	24	2	4
Nürnberg	Sonderforschungsprogramm Klimaschutz Anschubfinanzierung Technologien erneuerbaren Energien (Antrieb, Speicherung, Ersparnis); Praxiserprobung durch öffentliche Hand	20	10	0
Leipzig	Grundrecht auf lokale Mobilität etablieren Erarbeitung eines Rechts auf lokale Mobilität und kostenlose Nutzung des ÖPNV im Wohnort	21	9	2
Frankfurt	Intelligente, klimaverträgliche Mobilität ‚Öko-Flat‘ Home Office, City Maut, Internalisierung von ökologischen Kosten (Verursacherprinzip); Verknüpfung von öffentlichen und privat	19	10	2
Essen	Abgeschnallt – mit Spaß unterwegs Kampagne für nachhaltige Verhaltensänderungen bei Kindern, Jugendlichen, Familien für ein umweltfreundliches Verhalten	15	16	3
Essen	Schaffung eines alternativen, intelligenten, autonomen ÖPNV Forschungsprojekte für autonom fahrende Kabinen sollen von der Bundesregierung initiiert und finanziert werden	19	9	9
Nürnberg	Verkehrsvermeidung und -verlagerung in den Kommunen gesetzlich regeln Gesetzliche Grundlage für kommunale Leitlinien (z. B. Parkplätze E-Fahrzeuge, Ladestationen, ...)	15	13	5
Frankfurt	Mobilitäts-Flatrate im Verkehrsmix Erarbeitung eines Masterplans für einfache, einheitliche u. bezahlbare Flatrate mit Bund, Ländern und Kommunen	10	12	8
Hamburg	Der normale Haushaltsstecker soll zum Standard bei E-Autos werden! Vorhandene Infrastruktur nutzen, Praktikabilität erhöhen, durch Informationskampagnen begleiten und so Attraktivität erhöhen.	8	12	8



Landwirtschaft/Landnutzung

Die Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Umland der fünf Großstädte haben zusammen 14 Maßnahmvorschläge zum Handlungsfeld Landwirtschaft/Landnutzung entwickelt. Die meisten Vorschläge (jeweils vier) kamen aus Essen und Hamburg. Im Mittelpunkt der Bürgerratschläge stehen drei Themen: Fleischproduktion und Massentierhaltung (vier Vorschläge), Förderung ökologischer Landwirtschaft (vier Vorschläge) und die Wende zu einer nachhaltigen bzw. extensiven Landwirtschaft (drei Vorschläge).

Zu den mit Abstand meisten Kommentare im gesamten Onlinedialog bewegte der Vorschlag mit dem Titel „Abschaffung der Massentierhaltung“. Bei der Abstimmung erhielten 2 Vorschläge zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft knapp mehr Zustimmung.

Ort	Maßnahmvorschläge Landwirtschaft/Landnutzung	Stimmen		
				
Nürnberg	Agrarwende jetzt – Regionale, ökologische Landwirtschaft = Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz Agrarsubventionen nur für regionale Öko-Landwirtschaft, Finanzierung des Umbaus durch Abgaben auf konventionelle Betriebe	49	3	0
Essen	Industrielle Landwirtschaft stoppen, Ökolandbau fördern! Einsatz Bundesregierung in internationalen Gremien für Neuausrichtung der Subventionspraxis nach ökologischen Kriterien	43	0	1
Frankfurt	Abschaffung der Massentierhaltung Kommunikationskampagnen für Bewusstseinsbildung; Anreize und Beratung sowie gesetzliche Rahmenbedingungen für Landwirte	42	5	4
Leipzig	Nachhaltigkeit als zentrales Ziel der Landwirtschaftsplanung Biodiversität fördern; Anreize für regionale Produkte u. kurze Wegketten; Gesundheitsbewusstsein durch Bildung von klein auf	33	2	0
Nürnberg	Massentierhaltung stoppen! Subventionen streichen, Begrenzung 2 GV/ha, Emissionen aus Massentierhaltung besteuern, Obergrenzen Stallneubau, EU-Regelung	34	6	5
Essen	Aufforstung – CO₂-Senkung durch Forstwirtschaft Ausbau staatlicher Mischwälder, Aufforstung Brachflächen, Umwandlung Monokulturen, Programme EU-Ebene, Urban Gardening fördern	31	4	2
Leipzig	Extensive Landwirtschaft und verantwortungsbewusste Ernährung fördern Sensibilisierung in Schule u. Medien, keine klima/gesundheitsschädliche Werbung, höhere Mehrwertsteuer z. B. Fleisch	27	5	2
Essen	Weniger (Fleisch) ist mehr (Klima) – CO₂-Reduktion durch Regulierung der Fleischproduktion Subventionen nur Öko-Betriebe, Verbot Massentierhaltung, „Klima-ampel“ als Kennzeichnung für Produkte aus intensiver Produktion	26	7	4



Ort	Maßnahmenvorschläge Landwirtschaft/Landnutzung	Stimmen		
Essen	Kampagne zur Aufklärung über die Zusammenhänge Landwirtschaft-Klimaschutz-Gesundheit Anlehnung an Aids/Nichtraucher-Kampagnen, Plattform des Bundes für Modellprojekte, Verbraucherberatung mit Krankenkassen etc.	21	- 6	- 2
Hamburg	Wende in der Landwirtschaft, wie Energiewende Bewusstsein Klimaschädlichkeit Intensiv-Landwirtschaft Massentierhaltung, Forschung Mikrobiologie; globales Denken anregen	19	- 12	- 0
Hamburg	Unabhängige Forschung zum Dauerhumusanbau und -einsatz fördern! Erhöhte CO ₂ -Aufnahme des Bodens mit geschlossenem Kohlenstoffkreislauf; Förder- u. Forschungsmittel bereitstellen	18	- 6	- 2
Hamburg	Förderung der ökologischen Landwirtschaft Reduzierung Düngung mittels Gentechnik, umweltfreundliche Verpackungen, Aufklärung Massentierhaltung, unabhängige Forschung	14	- 13	- 4
Hamburg	Abschaffung der Massentierhaltung, Reduzierung des hohen Fleischkonsums durch Steuern/Subventionen und Information Steuern auf Massentierhaltung, Unterrichtsfach Ernährungskunde, TTIP & Co. nachverhandeln, drastische Doku-Filme	19	- 10	- 13
Leipzig	Gesetzliche Regelung zur Umstellung auf ausschließlich ökologisch nachhaltige Landwirtschaft Entwicklung eines nachhaltigen Leitbildes, Regulierung der Verbraucherpreise über Steuersätze, Boden nur für Lebensmittel	16	- 10	- 12

Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen

In allen Städten entwickelten die Bürgerinnen und Bürger zusammen 10 Maßnahmenvorschläge im Handlungsfeld Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, die meisten Vorschläge kamen aus Hamburg (drei). Drei Themen stehen im Fokus der Bürgervorschläge: Klimabilanzen und ökologischer Fußabdruck (vier Vorschläge), Anreize zur Förderung klimafreundlicher Produkte und Prozesse (vier Vorschläge) sowie Aufklärung für mehr Umweltbewusstsein (zwei Vorschläge)

Im Onlinedialog gab es nur wenige Kommentare zu Vorschlägen in diesem Handlungsfeld. Die meiste Zustimmung erhielt der Vorschlag „Kennzeichnung der Produkte mit einem ökologischen Fußabdruck“, danach folgen drei Bürgervorschläge, die sich mit der Förderung klimafreundlicher Produkte auseinandersetzen.



Ort	Maßnahmenvorschläge Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Stimmen		
Leipzig	Kennzeichnung der Produkte nach ökologischem Fußabdruck Informationsoffensive mit Klimaschutzsiegel durch Ökobilanzen für jedes Produkt; Basis für steuerliche Produkt-Bewertung	54	- 1	- 1
Leipzig	Anreize für langlebige Produkte schaffen! Rücknahme Produkte mittels Pfand, Herstellerangaben zu Lebensdauer (>Garantiefrist), Ausgleich von Einbußen durch Serviceverträge	46	- 2	- 2
Hamburg	Förderung biologisch abbaubarer Verpackungen Keine Plastiktüten in Supermärkten(Gesetz); Subventionen für biologische abbaubare oder 100 % recyclebare Verpackungen	39	- 2	- 3
Nürnberg	Förderung von Ressourcen- und CO₂-sparenden Produkten und Dienstleistungen Klimaabgabe auf Produkte; Regeln zur Kennzeichnungspflicht und für Recycling, verlängerte Garantie vorschreiben; Reparaturportale	30	- 2	- 1
Essen	Klimafreundlichen Konsum fördern durch Aufklärung und Information Klimabilanzkennzeichnung auf allen Konsumgütern, Aufklärungskampagne für Wertewandel Verbraucher	29	- 0	- 2
Hamburg	Folgekosten des Konsums (aller Güter) sichtbar machen! Umweltbilanz! Umweltbilanz gesamter Lebenszyklus; Subventionen abhängig von Umweltbilanz, Schutz einheimische umweltfreundliche Produktion	25	- 6	- 0
Frankfurt	Klimafußabdruck bei Produkten und Dienstleistungen transparent machen 1.) Einführung Kennzahlenmethode für komplette Prozessbilanz; Kommunikationskampagne; 2.) Feststellung Regulierungsbedarf	25	- 4	- 2
Hamburg	Transparenzzertifikat für Verbraucher auf Produkten Produktdeklarierung in Form eines Symbols inkl. CO ₂ -Bilanz ganzer Produktkette und Arbeits- wie Vermarktungsbedingungen	20	- 8	- 1
Nürnberg	Umwelt: Bewusstsein stärken von „Kindesbeinen an“ Leitlinien im Kindesalter vermitteln, spielerisch in KITA, Unterrichtsfach in Grundschulen, Abschlussprüfung „Umwelt“ z. B. an Schulen.	18	- 6	- 6
Frankfurt	Einführung einer Kreislaufwirtschaft bei Gebrauchsgütern Rücknahmepflicht für Hersteller Gebrauchsgüter; Akzeptanzförderung durch niedrigere Umsatzsteuer, Schutz Herstellerinsolvenz	14	- 8	- 5

„Was für uns alle wichtig war. Wir fanden es toll, dass die Bürger angehört werden, aber es kamen immer wieder die Kommentare: „Wie viel wird davon wirklich umgesetzt werden?“.“ Isabel Valvenburg, Hamburg



Ansprechpartner und Bildnachweise

Ansprechpartner und Bildnachweise

Durchführung und Moderation des Bürgerdialogs zum Klimaschutzplan 2050

IKU_DIE DIALOGGESTALTER

Olpe 39

44135 Dortmund

Telefon: +49 2319311030

Internet: www.dialoggestalter.de

Ansprechpartner: Bianca Bendisch und Andreas Kleinsteuber
bendisch@dialoggestalter.de, kleinsteuber@dialoggestalter.de

Umsetzung des Online-Dialogs

ontopica GmbH

Prinz-Albert-Straße 2b

53113 Bonn

Telefon: 0228 227229-0

Internet: www.ontopica.de

Ansprechpartner: Christoph Okpue, cok@ontopica.de

Bildnachweise

Titelseite: Essen, Max Höllwarth; Hamburg, Dirk Ewald; Essen, Max Höllwarth; Nürnberg, Alex Apfelstaedt (von links oben im Uhrzeigersinn, alle für BMUB)

Seite 1: Nürnberg, Alex Apfelstaedt; Hamburg, Dirk Ewald; Hamburg, Dirk Ewald; Nürnberg, Alex Apfelstaedt (von links oben im Uhrzeigersinn, alle für BMUB)

Anhang

Volltext Maßnahmenvorschläge

Energiewirtschaft

Länderübergreifendes Netzwerk für erneuerbare Energien

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Erneuerbare Energien werden oft dort erzeugt, wo sie nicht benötigt werden. Transport und Zwischenlagerung sind ungelöst. Bisherige Netzbetreiber werden die erforderlichen Investitionen zum Ausbau nicht aufbringen. CO₂-lastige Energieproduktionen sollten langfristig durch umweltfreundliche Technologien ersetzt werden. Zur Lösung dieses Kernproblems braucht es länderübergreifende, langfristige Strategien!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Überführung der Netze (Strom, Gas) in eine gemeinnützige Gesellschaft in öffentlicher Hand.
- Schaffung einer länderübergreifenden, unabhängigen Instanz zur Kontrolle und Steuerung der Netze.
- Geeignete Teilnehmerländer identifizieren (Speicherseen in Österreich und Norwegen, Photovoltaik in Spanien).
- Die Bundesregierung soll den dazu nötigen Kriterienkatalog ausarbeiten.

Weiterer Ausbau der Netze und bessere Integration von Kleinerzeugern, Genossenschaften und dezentralen Energieerzeugern.

39 Kommentare  57 stimme zu  5 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Dezentralisierung der Energieproduktion und -verteilung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

1. Durch die Dezentralisierung wird eine ökonomische Machtkonzentration vermieden.
2. Das Gemeinwohl wird gestärkt.
3. Die Bürger beteiligen sich verantwortlich an der Energieproduktion und -verteilung (Stadtwerke, Energiegenossenschaften).
4. Mehr Kosten- und Umweltbewusstsein schaffen.



Anhang

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

1. Die Bundesregierung soll gesetzliche Fördermöglichkeiten und Anreize für die dezentrale Energieproduktion und -verteilung schaffen.
2. Die Bundesregierung soll die Förderung der vier großen Energiekonzerne in Deutschland auslaufen lassen/beenden.
3. Die Bundesregierung soll die externen Kosten der vier großen Energiekonzerne internalisieren, indem wesentlich stärkere Auflagen und Abgaben erfolgen (Umweltfolgekosten einbeziehen...).
4. Die Bundesregierung soll die kommunalen Energieversorger stärken (rechtliche und ökonomische Unterstützung und Anreize).
5. Die Bundesregierung soll die Energienetze in öffentliche Hände geben!

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Kommunen.
- Genossenschaften.
- Bürgerinitiativen.

Kein Emissionshandel, da im Gegensatz zur Abgabe Raum für Lenkungswirkung.

13 Kommentare  51 stimme zu  1 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Energieversorgung dezentralisieren und regionalisieren

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Stromerzeugung laufen zurzeit in die entgegengesetzte Richtung. Die geplanten EU-Richtlinien erschweren bzw. verhindern die Einspeisung des Stroms von genossenschaftlichen und privaten Stromproduzenten. Die gegenwärtige Lastenverteilung/Kosten über die EEG-Umlage ist unausgewogen. Regionalisierung macht „Monstertrassen“ überflüssig!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Zeitlich begrenzte Förderung in Bezug auf Speichertechnik, z.B. Akkutechnik im Haus.
- Aus Klimagründen ist das weitere Betreiben von Kohlekraftwerken unverantwortlich. Der Ausstieg muss verbindlich terminiert werden.
- Schaffung von Statistiken (rechtlich, technisch, wirtschaftlich), die gewährleisten, dass Stromverbraucher auch gleichzeitig Stromproduzenten sein können, z.B. privat, genossenschaftlich oder kommunal - oder können wir auf die Versorgungssicherheit vertrauen, wenn wir uns von weniger Großversorgern abhängig machen?

Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung (z.B. Blockheizkraftwerke/BHKW) erhöht die Effizienz der Energieerzeugung, die Flexibilität der Verteilung und fördert die regionalen Strukturen.

13 Kommentare  41 stimme zu  2 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Entwicklung neuer, effizienter Stromspeicher

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:



Anhang

Überkapazitäten aus der regenerativen Stromerzeugung müssen gespeichert werden, um Versorgungslücken auszugleichen. Zurzeit wird zu viel erzeugter Strom unter Kosten „verschleudert“, bzw. die Erzeugung wird abgeschaltet und entschädigt.

- EEG- Umlage damit senken.

Durch dezentrale Speicherung werden die bestehenden Netze besser gleichmäßig ausgenutzt.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Forschungsgelder zur Entwicklung neuer Speichertechnologien bzw. Weiterentwicklung der bekannten Technik bereitstellen.
- Großprojekt für Pumpspeicherwerk finanzieren.
- Speichertechnik für dezentrale Endverbraucher verbessern (E-Bike, E-Auto).
- Förderung und Entwicklung von großen Pilotanlagen „Power to Gas“ unter dem Gesichtspunkt, Deutschland als Technologiestandort zu festigen.
- Genossenschaftsrecht vereinfachen, damit Bürger sich leichter an solchen Projekten beteiligen können und um Rendite zu privatisieren (z.B. Pumpspeicher).

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Forschung durch Uni, MPI, Fraunhofer-Institut usw.

Private Genossenschaften

4 Kommentare  39 stimme zu  2 enthalte mich  0 stimme nicht zu

CO₂-abhängige Besteuerung von Strom und Wärme

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die herkömmliche Energie ist momentan billig. In der Form, in der europäische CO₂-Zertifikate jetzt bestehen, sind sie wirkungslos. Durch die Besteuerung werden Mehreinnahmen möglich, die in nachhaltige Entwicklung investiert werden. Ziel ist es, herkömmliche durch erneuerbare Energien zu ersetzen, außerdem den CO₂-Ausstoß in Richtung Null zu verringern. Der Klimawandel muss gestoppt werden!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Durch die Mehreinnahmen soll die dezentrale (regionale) Energiegewinnung gefördert und ausgebaut werden. Sie sollen nachhaltiger Entwicklung zugeführt werden und außerdem in einen Zukunftsfonds für erneuerbare Energien einfließen. Hürden, die den Ausbau von erneuerbaren Energien bremsen, sollen beseitigt werden („Sonnensteuer“). Speichertechnologien sollen gefördert und ausgebaut und Erdwärme soll genutzt werden. Der Fonds soll die Wärmepumpen-Technologie fördern. Vielfältige regionale und dezentrale Lösungen sollen möglich sein und gefördert werden, damit eine weitest gehende Unabhängigkeit von Großkonzernen gewahrt werden kann.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

BAFA, KfW, ESF.

9 Kommentare  39 stimme zu  5 enthalte mich  3 stimme nicht zu



Ausstieg aus Kohle-Energie

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der höchste Ausstoß an CO₂ entsteht bei der Energiegewinnung aus Kohle. Deshalb muss dieser umgehend abgebaut werden, zugunsten erneuerbarer Energien.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Beendigung des Braunkohleabbaus und der Braunkohleverstromung muss bis 2020 erreicht sein. Die Steinkohleverstromung muss bis zum Jahr 2030 beendet werden. Subventionen, die bisher an die Kohlewirtschaft gehen, sind per Gesetz oder Verordnung in die erneuerbaren Energien umzuleiten. Der Umstieg auf erneuerbare Energien durch alle Beteiligten muss gefördert werden durch Informationen und Anreize aller Art. Bei der Energieerzeugung und bei der Energienutzung müssen durch Vorschriften und Anreize die Energieeffizienz und die Energiesparsamkeit weitgehend erhöht werden. Die Energieproduktion muss durch entsprechende zielgerichtete staatliche Regulierung dezentralisiert und vergesellschaftet werden.

36 Kommentare  38 stimme zu  2 enthalte mich  3 stimme nicht zu

Das Transportieren und Speichern von erneuerbarer Energie möglich machen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Abkehr von konventionellen Energien nur möglich, wenn die aktuellen Probleme gelöst werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Konzertierte Aktionen von Wirtschaft, Forschung, Verbänden, etc.
- Public Private Partnership fördern.
- Universitäre Forschungseinrichtungen stärken.

Konkretisierung:

- Ausbau der Wasserstoff-Speicherfähigkeit/Medium.
- Dezentralisierung der Gewinnung und Speicherung von Energie.
- Bio-Gas, Solar, Geothermie, Wind, Wasser.
- Nutzung im Sinne w.o. von Industriebranchen/Bergwerken.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Koordination europaweit, besonders EU!

2 Kommentare  33 stimme zu  7 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Ausstieg aus der Kohleverstromung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

1. Die Kohle ist der größte Schadstoffemittent (CO₂).
2. Die Kohleverstromung verursacht Umweltschäden auch bei Abbau und Transport/Import.
3. Die Kohleverstromung verursacht Gesundheitsprobleme.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

1. Die Bundesregierung soll die Laufzeit der Kohlekraftwerke begrenzen.
2. Die Bundesregierung soll neue Kohlekraftwerke verbieten.
3. Die Bundesregierung soll den Ausstieg aus der Kohleverstromung durch ökonomische Anreizmechanismen fördern (Bsp.: Abgabe auf Schadstoffemissionen, Bsp. CO₂-„Steuer“).
4. Die Bundesregierung soll Abgaben einführen, die eine Lenkungswirkung haben. Die Abgaben sollen zweckgebunden für ökologische Maßnahmen verwendet werden.
5. Die Bundesregierung soll Rückbaugesellschaften vorschreiben und Rückstellungen der Unternehmen erzwingen!

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Bürgerinitiativen
- Greenpeace
- Unternehmen
- Gewerkschaften

12 Kommentare  34 stimme zu  2 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Demokratisierung durch Dezentralisierung der Energiewirtschaft

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Ziel ist, die Energiewirtschaft von alleiniger Gewinnorientierung hin zu vorrangiger Daseinsvorsorge/Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe (nachhaltig unter Umweltgesichtspunkten, Versorgungssicherheit) zu wandeln. Die zentralen Strukturen der Großunternehmen haben versagt. Der Wandel gelingt nur, wenn der Bürger bereit ist, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich vom Konsumenten zum Erzeuger entwickeln kann.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung sicherstellen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen dahingehend geändert werden, dass kommunale, regionale Anbieter und Genossenschaft sowie Privathaushalte vorrangig gefördert werden. Das erfordert, die Einführung von Strukturen wie durch TTIP, CETA, TISA o.Ä. zu verhindern, die einer Dezentralisierung entgegenstehen. Der Zwang zur europaweiten Ausschreibung von Energieprojekten muss fallen. Die Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sind ideal geeignet für dezentrale Strukturen; diese sind deshalb auch zu fördern, weil sie Deutschland von Stromimporten (fossile und nukleare) unabhängig machen. Schaffung rechtlicher Sicherheiten für finanzielle Bürgerbeteiligung, z.B. Bundesanleihen für Energiewirtschaft (erneuerbar).

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Gesetzgebung, Kommunen, Genossenschaften (z.B. EWS), Bundes-/Bürgeranleihen zur Finanzierung.

15 Kommentare  34 stimme zu  4 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Kennzeichnungspflicht für Gesamtenergiebilanz

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Nur wer informiert ist, kann sich bewusst entscheiden (Transparenz). Zurzeit wird der Gesamtenergieverbrauch eines Produkts bei einer Kaufentscheidung kaum berücksichtigt, weil die Infor-



Anhang

mationen nur sehr aufwändig einzuholen sind. Da die Wirtschaft diese Informationen nicht strukturiert bereitstellt, muss die Bundesregierung Vorgaben machen. Eine Kennzeichnung beeinflusst den Wettbewerb und die Produktentwicklung.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll eine Kennzeichnungspflicht verordnen. Diese bezieht sich auf den gesamten Lebenszyklus eines Produkts. Angegeben werden soll der Energieverbrauch differenziert nach:

- Herstellung/Entsorgung (ab gewisser Streckenlänge auch Transport),
- Nutzung (angegeben wird der totale Energieverbrauch, nicht der relative).

Vertreter von Wirtschaft und Handel dürfen bei der Erstellung der Kennzeichnung in den entsprechenden Gremien nicht in der Überzahl sein.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Durchsetzung auf EU-Ebene.

2 Kommentare  31 stimme zu  4 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Abschaffung von Sonderrabatten und Subventionen für gewerbliche Energieverbraucher

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Solange Energie subventioniert wird, ist keine Notwendigkeit vorhanden, Energie zu sparen. Um eine wirkliche Vorreiterrolle zu übernehmen, ist es notwendig, im eigenen Land mit zukunftsweisenden Gesetzen zu beginnen. Dann ist gegenüber EU und Weltwirtschaft ein glaubwürdiges Auftreten besser möglich.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- EEG-Umlage sollen alle Verbraucher bezahlen.
- Im Weiteren soll die Finanzierung der Energieversorgung neu organisiert werden, um eine gerechtere Kostenverteilung zu erreichen.
- Die Industrie soll gesetzlich dazu bewegt/hingeführt werden, die Produktionsprozesse und Gebäudetechnik auf Energieeinsparung zu optimieren.

Eingesparte Kosten für Subventionen sollen für Forschung und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verwendet werden.

5 Kommentare  28 stimme zu  4 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Internalisierung externer Kosten – Verbraucher/Verursacher mit tatsächlichen Kosten belasten

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die derzeitige Kostenverteilung vernachlässigt das Verursacher-Prinzip: Gewinne werden privatisiert, tatsächliche Kosten (einschließlich zukünftiger Kosten) werden sozialisiert.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Die gesetzliche Voraussetzung für die Internalisierung der externen Kosten schaffen. Die Bundesregierung soll aktiv Einfluss nehmen auf die EU-weite und globale Umsetzung und eine Vorreiter- und Vorbildfunktion übernehmen.

- Schaffung dezentraler, nachhaltiger Strukturen.
- Gemeininteresse vor wirtschaftliches Einzelinteresse stellen.
- Keine Kostenbefreiung für Industrie und Gewerbe, Luftfahrt, Land- und Seetransport.

3 Kommentare  26 stimme zu  3 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Energie von hier! – Förderung der Nutzung lokal verfügbarer Energie*

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Nutzung lokal verfügbarer erneuerbarer Energien vermeidet Transportverluste und damit Transportkosten. Die Bildung von vermaschten Stromnetzen reduziert die Ausfallwahrscheinlichkeit durch technische Fehler oder andere äußere Einflüsse. Dies begünstigt die Förderung und Unterstützung der lokalen Wirtschaft (Mittelstand).

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll die „EEG“-Umlagezahlung auf lokal erzeugte und verbrauchte erneuerbare Energien abschaffen. Die Subvention von lokalen, privaten und kommunalen Stromerzeugern soll über die Sanktionierung von überregionalem Energiebezug finanziert werden. Dazu soll die Bundesregierung ein Preis- und Marktmodell entwickeln und in gesetzlichen Vorgaben realisieren, wobei CO₂-Effekte und Transportentfernung im Sinne der lokalen Energieerzeugung berücksichtigt werden.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

*natürlich CO₂-arm produziert und erneuerbar!

13 Kommentare  29 stimme zu  5 enthalte mich  5 stimme nicht zu

Jetzt! CO₂-Steuer einführen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Der schon weit fortgeschrittene Klimawandel erfordert umgehend Maßnahmen, die an allen Handlungsfeldern und Prozessen angreifen können.
- Bereits bestehende Instrumente wie der Zertifikate-Handel bergen gute Grundgedanken, funktionieren aber nicht und müssen angepasst werden.
- Staatseinnahmen werden erhöht und können für sinnvolle Umweltprojekte eingesetzt werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll – siehe Titel – eine CO₂-Steuer einführen. Diese soll:

- Einen einheitlichen Preis pro emittierter Tonne CO₂ für alle Verursacher zwingend erheben.
- Jährlich überprüft werden, um die Preisgestaltung (eventuell) anzupassen.

Der CO₂-Gehalt von Importen sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

4 Kommentare  27 stimme zu  5 enthalte mich  6 stimme nicht zu



Anhang

Lebenslang Energiemündigkeit fördern und fordern

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Nur eine informierte und mündige Gesellschaft kann Verantwortung für die Umwelt und für die Auswirkungen ihres Handelns und ihrer nachfolgenden Generationen auf das Klima übernehmen.
- Unwissenheit und Gleichgültigkeit kann sich unsere Gesellschaft, aber auch die gesamte Weltbevölkerung, nicht mehr leisten. Deshalb ist sofortiges, Generationen übergreifendes Handeln erforderlich.
- Wir selbst, unsere Kinder und Enkelkinder müssen stärker im Bewusstsein von Klimafolgen handeln.
- Nur dadurch kann das laut Grundgesetz verankerte Recht auf Unversehrtheit der Person und freie Entfaltung der Persönlichkeit gewahrt werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung soll durch Kampagnen und Bildungszielvorgaben an die Länder den Alters- und Zielgruppen
 - Kinder
 - Heranwachsende und
 - Erwachseneentsprechende Vorgaben und Ziele definieren und deren Umsetzung proaktiv begleiten.
- Der Zugang zu Informationen muss einfacher sein, in leicht verständlicher Sprache verfasst und barrierefrei zugänglich.
- Qualitätssicherung schließt mit ein, dass die nachfolgenden Generationen unser Handeln bewerten und entsprechend nachjustiert werden kann. Zeitintervall für Evaluationen: 2 Jahre.
- Verbindlichkeit übergreifend über Legislaturperioden.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Werbespots, Bürgerforen, Gremien bilden zur „Qualitätssicherung“.
- Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht im Vordergrund stehen (ohne Wirtschafts-Lobby!)

1 Kommentar  20 stimme zu  6 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Hirnströme für guten Strom

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Bundesregierung muss aktiv werden,

- weil wir eine weitgehend unabhängige Forschung wollen, frei von jedem Lobbyismus;
- um grenzüberschreitenden Forschungsaustausch im Bereich der Energiegewinnung zu fördern.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Regierung soll Gelder zum Aufbau bzw. zur Intensivierung europäischer Forschungscluster mit starker Einbindung von Experten aus der Industrie und Wissenschaft zur Verfügung stellen zu folgenden Themen: Stromerzeugung und Speichertechnik. Die Gelder müssen langfristig zur Verfügung gestellt werden. Neutralität und Langfristigkeit müssen garantiert sein, ebenso Transparenz. Die Veröffentlichung allgemein verständlicher Ergebnisse soll besonders unterstützt werden.

6 Kommentare  19 stimme zu  9 enthalte mich  1 stimme nicht zu



Rahmenbedingungen für die effiziente Umsetzung von CO₂-mindernden Projekten (vereinfachte Gesetzgebung, realistische Grenzwerte, schnelle Entscheidungsprozesse, Förderung, transparente Kommunikation)

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Wir meinen damit, dass die 80/20-Regel (Pareto) Anwendung findet. Beispiel: Lieber 100.000 Häuser mit 80% Energieeinsparung mit 20% Kosten anstatt 100 Häuser mit 100% Energieeinsparung und 100% Kosten.
- Die Akzeptanz für CO₂-mindernde Maßnahmen muss durch umsetzbare Vorgaben und transparente und sachliche Kommunikation sichergestellt werden.
- Der bürokratische Aufwand bei Entscheidungsprozessen und bei der Umsetzung der Projekte muss minimiert werden. Die Regeln gelten für alle gleich (keine Ausnahme).
- Alle Maßnahmen müssen einfach und leicht nachvollziehbar sein.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bevölkerung soll bei den Maßnahmen einbezogen werden (Teilhabe).
- Die dezentrale Speicherung in Verbindung mit optimiertem Lastmanagement muss gefördert werden. (Wirtschaftliche Anreize, strategisches Projekt).
- Folgende Beispiele für Speicher halten wir für sinnvoll: Batterien (versch. Größen bis hin zur Batteriefarm), Nachtspeicher, H₂-Technologie, Wärmepumpe, flexible Umwandlung in chemische, hochwertige Produkte.
- Crowd Funding für Investitionen in Speichertechnologie soll angeboten und gefördert werden (Der Staat kann finanzielle Anreize bieten).
- Die Bundesregierung muss eine transparente Kommunikation über Energie in allen Bildungseinrichtungen und Medien sicherstellen.
- Die Bundesregierung muss bei allen Maßnahmen die wirtschaftliche Position der BRD stärken und sicherstellen. Die Innovationskraft und Modernisierungsstärke muss verstärkt werden.
- Der Industriestandort Deutschland muss erhalten werden!

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Ein Beispiel zur Förderung: Wenn Hauseigentümer in eine Batterie investieren, bekommen sie einen günstigeren Strompreis, wenn der Netzbetreiber überschüssigen Strom einspeist.

3 Kommentare  19 stimme zu  8 enthalte mich  3 stimme nicht zu

Nachhaltige Energie-Kreislauf-Wirtschaft

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Wir müssen die Existenzgrundlage der Menschheit sicherstellen für alle nachfolgenden Generationen und ohne weitere Schäden an der Natur.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung muss die gesetzliche Grundlage und die Rahmenbedingungen schaffen, um eine 100-prozentig nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Das bedeutet, dass bei der Erzeugung von Nutzenergie nicht mehr Schadstoffe in die Atmosphäre emittiert werden als gleichzeitig an anderer Stelle kompensiert werden können und keine problematischen Altlasten zurückbleiben. Damit Nachhaltigkeit grundsätzlich ein gesellschaftlicher Wert wird, muss die Bundesregierung dafür ein gesetzliches Anreizsystem schaffen.



Anhang

5 Kommentare  20 stimme zu  6 enthalte mich  7 stimme nicht zu

Überregionaler/Internationaler Energieaustausch (regenerativ)

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Strom ist wichtiger (der wichtigste) und universell einsetzbarer Energieträger. Er muss auch in Zukunft aus der Steckdose kommen.
- Überregionale/Internationale Zusammenarbeit integriert Menschen und fördert die Zusammenarbeit bzw. den Zusammenhalt.
- Regionale/Nationale Überschüsse müssen effizient verwertet werden. Transport- oder Speicherkapazitäten im großen Stil ermöglichen dies.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Multiplizierung der Energie-Übertragungskapazitäten in Deutschland und Europa (bzw. weltweit, z.B. Afrika) muss umgesetzt werden.
- Förderung für innovative Forschung/Entwicklung zum Energieaustausch und zum Energietransport signifikant erhöhen.

Bürger müssen an der Finanzierung dieser Energieprojekte und am Profit, den sie erwirtschaften, beteiligt werden. Vorrangige Beteiligung oder zusätzliche Subventionierung von betroffenen Bürgern muss gesetzlich geregelt werden.

5 Kommentare  13 stimme zu  15 enthalte mich  7 stimme nicht zu

Einflussnahme auf die internationale Energiepolitik

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Deutschland ist auf einem guten Weg mit effizienten und regenerativen Energieumwandlungsanlagen. Die deutsche Insellösung kann aber nur exemplarisch sein.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll stärkeren Einfluss nehmen in der Welt, angefangen von der Abstimmung mit der europäischen Energiepolitik bis hin zur technischen Entwicklungshilfe, insbesondere in den Schwellenländern China, Indien und Brasilien.

Diese Einflussnahme muss nachhaltig sein, d.h. unabhängig von der politischen Ausrichtung. In Europa soll sie auf Einhaltung von Vereinbarungen bestehen und Gremien mit hochkarätigen Fachleuten besetzen. In der Entwicklungshilfe soll sie technische Neuerungen verfügbar machen und langfristig begleiten.

8 Kommentare  13 stimme zu  8 enthalte mich  7 stimme nicht zu

CO₂-Reduzierung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:



Anhang

1. CO₂-Reduzierung durch Pflege der Natur, Sauerstoffgewinn durch Bindung von CO₂: Grüne Städte, ursprüngliche Biotope erhalten, keine Abholzung, Bewaldung fördern in ariden Gebieten.
2. CO₂-Kreislauf: CO₂-Verbrauch durch Synthetisierung mit H₂, das mittels Elektrolyse aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Wind) erzeugt wird.
Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?
Bis 2030 muss die Technologie gefördert werden, um effektive Prototypen zu haben. Speicherung von Energie (Batterien usw.).

5 Kommentare  13 stimme zu  9 enthalte mich  10 stimme nicht zu

Sauberer Brennstoff für Milliarden Jahre

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

1. Deutschland muss wieder wissenschaftlicher Spitzenreiter in der Kernfusionsforschung werden.
2. Die Reduzierung von Treibhausgasen und Erderwärmung durch den Verzicht auf fossile Brennstoffe.
3. Nur Kernfusion liefert in Zukunft saubere und kostengünstige Energie.
4. Zukunftssichere und hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

1. Die massive Förderung der Forschung und Entwicklung durch Staat und Energieversorger.
2. Eine Aufklärungskampagne zum Unterschied Kernfusion & Kernspaltung.
3. International vertraglich geregelte Zusammenarbeit an Forschungsprojekten zur Kernfusion.
4. Die Schaffung eines europaweiten Hochleistungsbackbone für den Energiemix.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Partner: Energieversorger, Bund (Wirtschaftsministerium), Hochschulen und Universitäten (international), Medien (Info-Arbeit).

31 Kommentare  15 stimme zu  6 enthalte mich  30 stimme nicht zu

Gebäude

Nachhaltige Baustoffe sichern den Klimaschutz!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Viele der heute verwendeten Baustoffe sind nicht langlebig und verursachen hohe Entsorgungskosten und sind nicht umweltfreundlich wie z.B. Lösungsmittel in Styropor in WDVS (Wärmedämmverbundsysteme). Deswegen brauchen wir dringend nachhaltige und bezahlbare Baustoffe (Bau-/insbesondere Dämmstoffe)!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Der Bund muss aus eigenen Mitteln die Forschungen von nachhaltigen Baustoffen finanzieren, damit der Einfluss der Wirtschaft nicht im Vordergrund steht. Diese verfolgen hauptsächlich eigene Interessen. Es sollen Strategien erstellt werden, damit diese Baustoffe kostengünstig und umweltfreundlich hergestellt, genutzt und entsorgt werden können.

Der Bund muss eine zentrale Anlaufstelle für Informationen zu den aktuellen Erkenntnissen der Baustoffforschung schaffen. In dieser müssen Bürger bzw. Beratungsstellen die Baustoffe anhand von Kategorisierungen wie Ökologie, Standzeiten, Preis und ähnlichem für sich selbst bewerten können. Eine Internet gestützte „Plattform“ könnte mit angeschlossenem Diskussionsforum zum Erfahrungsaustausch zu einem echten Mehrwert führen. Diese Plattform ist in einem weiteren Schritt zu einem „interaktiven“ Hausbaukasten zu erweitern. Dadurch entsteht eine Entscheidungshilfe für die Gesellschaft.

2 Kommentare  40 stimme zu  1 enthalte mich  1 stimme nicht zu

FlexLiving – Das intelligente Wohnbauprogramm

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Fehlnutzung und Leerstand von Wohnraum führen neben sozialen auch zu ökologischen Problemen. Dem demografischen Wandel wird der aktuelle Wohnungsbestand (bald) nicht mehr gerecht. Abbruch und Neubau führt zu Verschlechterung von Ressourcen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Der Staat muss eine aktive Rolle im Wohnungsbau spielen/wieder übernehmen.
- Fokus: flexible Konzepte, die Generationen übergreifend gedacht sind und den unterschiedlichen Lebensphasen gerecht werden.
- Positive, bereits erprobte Modelle identifizieren, Planungsvorgaben anpassen und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften in der Projektverwirklichung unterstützen.
- Umnutzung von Bestand und ökologische Ertüchtigung fördern; monetärer Anreiz privater Eigentümer.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Universitäten, Wohnungsbaugesellschaften, LEGs.

0 Kommentare  30 stimme zu  5 enthalte mich  3 stimme nicht zu

Vorrangige Förderung dezentraler Energieversorgung - unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Effizienz wird durch eine bessere Nutzung der eingesetzten Energieträger erhöht. Durch dezentrale Erzeugung von Wärme- und Strombedarf steigt die Versorgungssicherheit.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Kraftwärmekopplung bei Ein- und Mehrfamilienhäusern, Städten und Gemeinden fördern. Die erzeugte Wärme soll durch lokale Wärmenetzwerke verteilt werden. Die technische Weiterentwicklung von Speicherkapazitäten, die bezahlbar sind, soll vorangetrieben werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Verkauf von Wärme und Strom sollen vereinfacht werden.



Anhang

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Partner: Örtliche Energieerzeuger und -verbraucher: Kommunen, Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe.

3 Kommentare  26 stimme zu  6 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Technik der Energiespeicher für Gebäude vorantreiben

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Erneuerbare Energien aus Sonne und Wind müssen für Zeiten, in denen sie nicht zur Verfügung stehen, gespeichert werden. Die zurzeit verfügbaren Speicher sind hinsichtlich ihrer Kapazität, Anschaffungskosten und Größe unbefriedigend und daher wirtschaftlich unattraktiv.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Forschungsprojekte für Speichertechnologien müssen mit Hochdruck, d.h. ab sofort forciert werden. Hierfür muss die Bundesregierung Fördergelder für Hochschulen, Universitäten, sowie Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, bereitstellen. Die Förderung muss so lange gewährt werden, bis wirtschaftlich einsetzbare Ergebnisse vorliegen.

- Der Einsatz dieser Speichersysteme muss dann unter Praxisbedingungen in Pilotprojekten überprüft und evaluiert werden.

Nach Erlangen der Marktreife muss die Bundesregierung finanzielle Anreize schaffen, um der neuen Technologie zu einem breiten Einsatz zu verhelfen.

5 Kommentare  28 stimme zu  5 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Gewichtung der Technologien und Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Nach Kosten und Nutzen (Energie-/CO₂-Einsparung) wirksam und wirtschaftlich.
- Strukturierung der oft widersprüchlichen Informationen über energetische Verbesserungskonzepte (Technologie-Alternativen).
- Ziel: Steigerung der Effizienz der eingesetzten Mittel, Erhöhung der Akzeptanz bei Nutzern und Bauherren.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Wissenschaftliche Aufarbeitung zur wirtschaftlichen Priorisierung alternativer Maßnahmen.
- Aufarbeitung (und Kommunikation) der Erfahrungen (positiv und negativ) mit unterschiedlichen Verfahren und Technologien.
- Ausbildung und Zertifizierung unabhängiger Berater als multidisziplinäre Generalisten. Ein Berater für alle Technologien (Architektur, Haustechnik, Steuern und Regeln).
- Kostengünstige Maßnahmen und Technologien fördern (steuerlich und Zuschuss).
- Wohnwert nicht durch direkte und teure Dämmprodukte mindern! (Forschung für „dünnere“, preiswertere Dämmung).
- Baukultur erhalten, Alternativen zum Wärme-Dämm-Verbund-System.
- Denkmalschutz im Sinne der Synthese von Alt und Neu weiterentwickeln.



Anhang

- Übertechnologisierung vermeiden.
- Technologien auf Risiken für Bauschäden überprüfen.

5 Kommentare  24 stimme zu  7 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Förderung der herstellerunabhängigen Baustoffforschung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die herstellerunabhängige Baustoffforschung fördert das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft der Bauherren/Investoren. Die Akzeptanz bei Mietern und Vermietern für Gebäudesanierungen/-modernisierungen steigt. Forschungsgelder müssen vom Staat zur Verfügung gestellt werden, um Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Für die unabhängige Baustoffforschung müssen staatliche Mittel zu Verfügung gestellt werden. Diese Forschung sollte durch staatliche Institutionen erbracht werden (unabhängige Institute/Universitäten). Vermittlung/Veröffentlichungen der Forschungsergebnisse sollten transparent und barrierefrei multimedial zur Verfügung stehen; diese sollten EU-weit erfolgen. Berücksichtigung der Energien im Lebenszyklus bei der Bewertung von Baustoffen ist notwendig.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Berufsverbände, Universitäten, Prüfanstalten, Schulträger.

2 Kommentare  23 stimme zu  4 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Motivation der Gebäudeeigentümer durch gezielte Anreize; Förderprogramm

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Beschränkter Wohnraum und angespannte Arbeitssituationen lassen im privaten Sektor nur beschränkte finanzielle Spielräume zu, trotz des vorhandenen Bewusstseins, dass gravierende Maßnahmen notwendig sind.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Ökologisches Bewusstsein schon im Kindergarten und in Schulen fördern.
- Unabhängige Informationsplattform zu energetischen Maßnahmen (Fördertöpfe, Materialien, neueste Technologie, über kürzere Zeitspanne) einrichten.
- Finanzierungsmöglichkeiten: Fond; Soli; steuerlich absetzbar; verlässliche, langfristige Förderprogramme (KfW); ökologisch sinnvolle Langzeitprogramme.
- Im staatlichen Fernsehen Spots zum Thema Aufklärung Energiesparen.

3 Kommentare  23 stimme zu  7 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Unabhängige Sanierungsberatung und Förderung natürlicher Baustoffe

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:



Anhang

- Nur so wird das Bewusstsein für die Notwendigkeit energetischer Gebäudesanierung in der Gesamtbevölkerung verankert.
- Die Entsorgung von nicht-natürlichen Materialien zur energetischen Sanierung ist eine gesamtdeutsche Aufgabe und muss daher auf dieser Ebene geregelt werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Es müssen staatliche Beratungsbüros bestehend aus Expertenteams geschaffen und qualifiziert werden, die unabhängig und individuell zu Maßnahmen, Materialien und Finanzierungsmöglichkeiten beraten.
- Über intensive öffentliche Aufklärungsarbeit muss das Problembewusstsein für Energieverbrauch und angemessene Bau- und Sanierungsmöglichkeiten so gestärkt werden, dass entsprechende Maßnahmen bis 2030 überzeugt angenommen und umgesetzt werden.

Um für die Verwendung natürlicher Materialien Anreize zu schaffen, müssen günstige Kredite und, je nach Maßnahmen, variable Zuschüsse von zentraler Stelle über die Beratungsbüros bereitgestellt werden. Zuschüsse für nicht-natürliche Baustoffe sollten, auch im Hinblick auf die Entsorgung derselben, deutlich geringer ausfallen.

7 Kommentare  22 stimme zu  7 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Energieeinsparverordnung novellieren

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

25% der Emissionen stammen von Gebäuden. Die derzeitigen Regelungen sind zu statisch bzw. unzureichend.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Dämmstandards für den Bestand sollen zukunftsfähig (Perspektive 2030) und fallspezifisch festgelegt werden. Die energetische Sanierung der Gebäude soll sinnvoll im Lebenszyklus erfolgen. Die intelligente Steuerung der Haustechnik soll gefördert werden. Erneuerbare Energien sollen standortspezifisch gefördert werden. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung von Speichersystemen. Biomassenutzung darf nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelerzeugung treten.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Keine Umlage von Kosten der energetischen Sanierung auf die Miete. Koordination von Fenstertausch und Außenwanddämmung.

4 Kommentare  15 stimme zu  6 enthalte mich  6 stimme nicht zu

Mehrgenerationenbauen – klimaschonend – nachhaltig gedacht

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die demografische Entwicklung verlangt ein Umdenken! Es besteht erhöhter Bedarf an altersgerechtem Wohnraum. Mehrgenerationenbauten werden diesem Anspruch eher gerecht. Hier können viele energieeffiziente Maßnahmen praxisnah realisiert werden. Die Gesundheit aller Mitbewohner kann besser erhalten werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Das Interesse der gesamten Bevölkerung muss auf dieses brisante Thema gelenkt werden! Dazu bedarf es einer Aufklärungsschrift, u.a. durch die „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“. Man muss die jungen Familien dafür gewinnen. Dann kann die Energieproblematik evaluiert und verglichen werden. Alle Mitbewohner profitieren von den Vorteilen, die diese Vielfalt möglich macht. Bei der Vergabe von Baugenehmigungen für Wohngebiete muss gesetzlich festgelegt sein, dass die Wohnungsgröße entsprechend dem Bedarf aller Generationen angepasst sein muss. Ausreichend Gemeinschaftsräume, Sozialstationen, Kitas... müssen eingeplant sein. Diese Gedanken müssen weiterentwickelt werden und beinhalten unglaublich viel Einsparungspotential u.a. im energetischen Bereich.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Bauträger, Wohnungsbaugenossenschaften, Stadtplaner.

2 Kommentare  14 stimme zu  12 enthalte mich  7 stimme nicht zu

Verkehr

Steuerliche Anreize für klimafreundlichen Verkehr schaffen!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Umweltbelastung durch Verkehr ist immer noch zu hoch. Zusätzlich steigt das Verkehrsaufkommen durch Globalisierung. Aktuell werden zum Teil falsche steuerliche Anreize gesetzt (Dienstwagenprivileg, LKWs, Flugverkehr). Ohne finanzielle Anreize bzw. finanziellen Druck werden die Klimaziele nicht erreicht!!!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Stärkere Anwendung des Verursacherprinzips (hohe CO₂-Emission muss teuer sein).
- Falsche Anreize des Dienstwagenprivilegs in eine Förderung von emissionsarmen PKWs umwandeln, um schnell viele umweltfreundliche Fahrzeuge in Umlauf zu bringen. Koppelung der steuerlichen Förderung an die CO₂-Emission.
- Mehrwertsteuerbefreiung für E-Cars/E-Bikes.
- Stärkere Besteuerung des Flug-Kerosins.
- Höhere Mineralsteuer.
- Bahn: reduzierter Steuersatz auf Strecke >50 km.
- Finanzströme durch steuerliche Begünstigung Richtung klimafreundliche Unternehmen leiten.

1 Kommentar  48 stimme zu  0 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Besteuerung aller Verkehrsmittel nach ihrer Gesamtenergiebilanz

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Aktuell ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel (Flugzeug) oftmals das preiswerteste. Der Anreiz, umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu nutzen, lässt sich erfahrungsgemäß über die Finanzen regulieren.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Erarbeitung rechtlicher Regelungen zur Umsetzung der oben genannten Prinzipien. Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, Verkehrsmittel mit schlechterer CO₂-Bilanz deutlich höher zu besteuern als Verkehrsmittel mit besserer CO₂-Bilanz. Diese Mittel sollen zur Subventionierung/Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel verwendet werden. Die Erforschung alternativer Antriebe soll gefördert werden. Schaffung eines CO₂-Kennwertes aus CO₂-Ausstoß pro Person und Kilometer. Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass dieser Wert kontinuierlich reduziert wird (Stellschraube = Besteuerung bzw. Subventionierung, siehe oben.).

1 Kommentar  46 stimme zu  0 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Güterfernverkehr von der Straße

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der Güterverkehr auf unseren Straßen ist zu hoch, dadurch entstehen Straßenschäden, Unfälle, sowie auch viel zu hohe CO₂-Werte und Schadstoffe. Ein großer Teil ist Transitverkehr, der stets durch unser Land fährt und deshalb auf andere Verkehrswege oder -träger (Schiene, Wasser) zu verlagern ist.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Es sollen die Schienen- und Wasserwege ergänzt und ausgebaut werden.
- Logistikzentren (Umladestellen) zentralisieren und ausbauen.
- Wenn der Ausbau vollzogen ist, dann sollen die Gebühren der LKWs (Fernverkehr) drastisch erhöht werden.
- Langstreckentransporte werden bis zum nächsten Logistikpunkt beschränkt.
- Der Transport sollte dann auf die ausgebauten Schienen- und Wasserwege verlagert werden.

2 Kommentare  46 stimme zu  0 enthalte mich  2 stimme nicht zu

ÖPNV stärken

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der ÖPNV stellt eine gute Alternative zum Individualverkehr dar. Der ÖPNV trägt massiv dazu bei, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Das bisherige Finanzierungsmodell behindert den Ausbau und treibt die Preise nach oben. Ziel ist: „Bezahlbar für alle von allen“

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Analyse der bundesweiten Kosten eines attraktiven ÖPNV. Dabei bedeutet „attraktiv“ die Verbesserung der Takte, Ausbau der Netze und einfache Umstiegsmöglichkeiten!
- Entwicklung eines Finanzierungskonzeptes, das alle einbezieht. Anknüpfung an ein bestehendes Steuer- oder Abgabensystem zur Vermeidung zusätzlichen Verwaltungsaufwandes.

0 Kommentare  39 stimme zu  2 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Öffentliche Mobilität als Bürgerrecht

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:



Anhang

Mobilität wird heute ein unerlässliches Gut sein. Jeder ist auf die Teilnahme am Verkehr angewiesen. Ein Individualverkehr fördert jedoch Staus und Verkehrsbelastungen. Daher wollen wir ein Recht auf öffentliche Mobilität, um Umwelt und Städte zu entlasten. Durch die gesetzliche Verankerung auf Bundesebene wird dieses Recht verbrieft. Hiermit wird ein gesellschaftlicher Diskurs angestoßen und die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gesteigert.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung sind:

- Der Erhalt und Ausbau von öffentlichen Verkehrsverbindungen muss hierzu verbessert werden. Dies schließt auch die Einbindung ländlicher Regionen mit ein (z.B. Ruftaxi).
- Ein verständliches und vereinfachtes, bezahlbares Tarifsysteem muss dafür geschaffen werden (z.B. Wiener Modell).
- Die Bereitstellung eines Verkehrsetats durch die Bundesregierung bzw. eine Umstrukturierung der Subventionen schafft hierzu finanzielle Möglichkeiten für Bund, Länder und Kommunen.
- Der Staat muss hierzu wieder eine führende Rolle in der Verkehrspolitik und der Gestaltung des öffentlichen Verkehrsangebotes einnehmen.

1 Kommentar  41 stimme zu  3 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Förderprogramm zur Steigerung der Attraktivität des Fahrradverkehrs

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Zur Reduzierung des innerörtlichen PKW-Verkehrs! Zusätzlicher Beitrag zur CO₂-Reduzierung!
Zur Reduzierung von Unfällen im öffentlichen Verkehr! Als Anreiz zur gesünderen Fortbewegung!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Vorrang für CO₂-freie/-arme Fortbewegungsmittel!
- Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes mit Schwerpunkt Fahrrad!
- Fahrradgerechte Verkehrsführung!
- Sichere Stellplätze!
- Zeitunabhängige Fahrradmitnahme in allen öffentlichen Verkehrsmitteln!
- Anpassung der StVO zu Gunsten der Radfahrer!
- Steuerliche Anreize zur Anschaffung und Nutzung eines Rades.
- Förderung der Entwicklung von leistungsfähigeren Akkus für E-Bikes.
- Verstärkter Verkehrsunterricht in Schulen und Kindergärten!

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Amsterdam, Kopenhagen, Münster, Oslo, Portland/USA

3 Kommentare  38 stimme zu  3 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Emissionsfreie Antriebstechnologie fördern

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Emissionen bedingt durch den Verkehr in einem überschaubaren Zeitraum bis 2030 deutlich zu senken. Der Wirtschaftsstandort Deutschland soll damit gesichert werden, weil dies die Zukunftstechnologie ist.



Anhang

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Dies soll durch folgende Maßnahmen verwirklicht werden: Investitionen in die Forschung durch den Bund. Wir fordern detaillierte Fortschrittsberichte in regelmäßigen Abständen und in allgemeinverständlicher Form. Wir fordern ein unabhängiges Entscheidungsgremium, das Fehlentwicklungen verhindern soll. Die Bundesregierung soll Gesetzesgrundlagen schaffen, damit fossile Brennstoffe als Antriebstechnologie abgeschafft werden sollen (z.B. Diesel, E10,...). Bereits vorhandene Technologien sollen und müssen industriell umgesetzt werden.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Unabhängige Forschungsinstitute (Fraunhofer, Max Planck, Forschungsbereiche der Universitäten).

7 Kommentare  34 stimme zu  3 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Öffentlichen Nahverkehr attraktiver und flächendeckend gestalten

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der ÖPNV ist derzeit zu teuer und unattraktiv. Anschlussverbindungen fehlen und Frequenzen sind zu gering. Die Preisgestaltung ist intransparent und ungerecht!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung sollte Vorgaben für den ÖPNV machen: Subventionen der Kommunen durch den Bund für eine günstige und gerechte Preisgestaltung. Busse und Bahnen müssen zuverlässiger werden (Pünktlichkeit, hohe Frequenzen). Subventionen an Kundenzufriedenheit koppeln. Nachprüfbare Erfüllung der Vorgaben (Pünktlichkeit, Sauberkeit, Kundenorientierung, Sicherheit, keine Preiserhöhungen ohne nachvollziehbare Qualitätsverbesserung). Die Mitnahme von Fahrrädern muss verbessert werden und zuverlässig möglich sein.

6 Kommentare  30 stimme zu  4 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Tempolimit auf Autobahnen max. 120 km/h

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Eine gleichmäßigere und geringere Reisegeschwindigkeit führt zu einer Verminderung des Schadstoffausstoßes und damit auch zu einem geringeren Ressourcenverbrauch. Ein Tempolimit führt zu einer höheren Verkehrssicherheit auch im Hinblick auf ältere Verkehrsteilnehmer und Fahranfänger. Geringere Unfallzahlen verringern auch die Unfallfolgekosten. Ein besserer Verkehrsfluss (weniger Stau) führt zu schnellerem Durchkommen für alle Verkehrsteilnehmer.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll das Tempolimit per Gesetz vorgeben, entsprechend überwachen und Übertretungen ahnden. Begleitende Studien über Schadstoffeinsparung, den Verkehrsfluss und die Unfallstatistik sollen publiziert werden, um die Akzeptanz der Maßnahme zu erhöhen.

8 Kommentare  34 stimme zu  6 enthalte mich  9 stimme nicht zu



Anhang

Reduktion von (innerdeutschen) Starts und Landungen im Flugverkehr

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden: Verminderung von Emissionen und Immissionen, um die Bürger in Europa zu schützen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- „Billigflieger“ einschränken, Rahmenbedingungen erschweren (z.B. durch verbesserte Bezahlung der Mitarbeiter).
- Nachtfluggebühren erhöhen, Verbote einhalten.
- Regionalflughäfen nicht ausbauen und Subventionen streichen (Bund muss auf Länder einwirken).
- Längere Züge im Bahnverkehr stärken, Trassen ausweiten, Preise reduzieren.
- Magnetschwebbahn forschen, entwickeln und nutzen.
- Kerosinsteuer erhöhen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Staatliche Regulierung: Gesetze ändern – und umsetzen – Länder, Gemeinden einbeziehen, Steuerpolitik.

11 Kommentare  29 stimme zu  5 enthalte mich  6 stimme nicht zu

Für eine ökologisch nachhaltige Güterverteilung sorgen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der Transport auf der Schiene ist dem auf der Straße in ökologischer Hinsicht weit überlegen. Zuzüglich zum geringeren Schadstoffausstoß sind die Instandhaltungskosten auch energetisch zu berücksichtigen. Staus und Unfälle werden zudem ebenfalls reduziert.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Mautpflicht erweitern und Gebühren erhöhen.
- Die Einnahmen zweckgebunden in den Ausbau der Bahn investieren.
- Tempolimit für ‚Sprinter‘ einführen.
- Evaluation durch Vergleich Transportmasse Schiene/Transportmasse Straße in regelmäßigen Zeitintervallen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Jährliche Veröffentlichung von Daten im Internet.

2 Kommentare  25 stimme zu  8 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Runter vom Gaspedal – 130 km/h Tempolimit

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Damit wird es möglich, eine massive Reduzierung des Schadstoffausstoßes (CO₂ und Stickoxide) zu erreichen. Vergleiche mit anderen Ländern lassen erkennen, dass das Tempolimit praktikabel und einfach zu realisieren ist. Positiver Nebeneffekt sind die Reduzierung von Unfällen und deren Folgekosten sowie der Erhalt der Autobahnen. Das Tempolimit fördert den Verkehrsfluss, vermeidet Staus und vermindert dadurch auch die Schadstoffemissionen.



Anhang

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Das Tempolimit von 130 km/h auf allen Autobahnen muss zum Gesetz erhoben werden. Es ist umgehend einzuführen. Die Einhaltung des Tempolimits muss effizient kontrolliert werden. Der Autolobby ist entgegenzuwirken.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Partner: Bundesregierung, Verkehrsminister, Autobahnpolizei, Autoindustrie, Kraftfahrer/innen.

6 Kommentare  30 stimme zu  3 enthalte mich  9 stimme nicht zu

Ausbau und Erweiterung des ÖPNV

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Autoverkehr belastet das Klima, Gesundheit, Sicherheit.
- Weniger Verkehrsflächen ermöglichen mehr Grünflächen.
- Weniger Autoverkehr durch besseren ÖPNV.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Bundeseinheitlich wird ein umlagefinanzierter ÖPNV eingeführt.
- Steuervorfinanzierter Ausbau und Qualitätssteigerung.
- Positive Imagekampagne für den ÖPNV, um eine gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

1 Kommentar  24 stimme zu  2 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Sonderforschungsprogramm Klimaschutz

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Gute bestehende Ansätze zum Klimaschutz von Industrie, Universitäten und Instituten bedürfen weiterer zielgerichteter Förderung. Dies reicht über die Grundlagenforschung hinaus zur Entwicklung zur Serienreife. Ziel ist es, das Beharrungsverhalten von Industrieunternehmen aufzubrechen, Bestehendes in Frage zu stellen und die Innovationszyklen in Richtung Klimaschutz zu beschleunigen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Anreize für diese Ziele zu schaffen (Anschubfinanzierung)

- Die Bundesregierung fördert die Praxiserprobung durch die „öffentliche Hand“ (z. B. Fulda Busse haben CO₂ als Kältemittel statt R134a, HFO1234yf).
- Übergang von fossilen, befeuerten Antriebstechnologien zu regenerativen Antriebstechnologien (z.B. Brennstoffzelle, auch Methanol, Akku-Elektro).
- Dezentrale Energiespeicher für sonnenabhängig erzeugten Strom (vgl. Akkus), auch zur Wiedereinspeisung im öffentlichen Netz („Grid“), katalytische Methanolsynthese aus CO₂ + H₂O + Strom.
- Verkehrsautomatisierung im Fahrzeug und außerhalb, z.B. Windschattenfahren, Ampel beeinflusst Autos, automatisches Tempolimit bei sehr dichtem Verkehr.
- Methanol im Flugverkehr (katalytisch synthetisiert aus CO₂ + H₂O + Strom), (z.B. George A. Olah et al. „The Methanol Economy“, auch für Offshore geeignet...)
- Grasswurzelforschung fördern (Fablabs an Unis,...).



Anhang

- Die Bundesregierung verhindert den Missbrauch von Patenten gegen das Gemeinwohl (klimaschutzrelevante Patente dürfen nicht in der Schublade verschwinden).
- Umweltschädliche Technologien (z.B. klimaschädliche Klimaanlage, siehe oben) sind schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen.

1 Kommentar  20 stimme zu  10 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Grundrecht auf lokale Mobilität etablieren

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Kommunen mit Autos überfüllt.
- Folgekosten des Individualverkehrs belasten Kommunen.
- Lebensqualität muss erhöht werden: mehr Platz/Raum, saubere Luft, weniger Lärm, soziale Gerechtigkeit, unabhängige Mobilität.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll ein Recht auf lokale Mobilität erarbeiten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Verkehrsbetrieben umsetzen. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs soll für die Bewohner der Kommunen kostenlos sein. Basis ist die Kostenübernahme durch die Kommune, wobei die Folgekosten des Individualverkehrs gegengerechnet werden. Eventuelle Mehrkosten werden durch den Bund gedeckt. Wichtig dabei ist Planungssicherheit für Kommunen und Verkehrsbetriebe. Investitionshilfen müssen entsprechend entwickelt und tragfähige Prognosen müssen ausgearbeitet werden.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Berufsverbände, Universitäten, Prüfanstalten, Schulträger.

1 Kommentar  21 stimme zu  9 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Intelligente, klimaverträgliche Mobilität ‚Öko-Flat‘

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Intelligente Verknüpfung von öffentlich und privat für Güter und Personen zur Reduktion von Emissionen (CO₂, Lärm etc.).

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Vermeidung von Kurzstreckenflügen.
- Reduzierung von Staus durch Home Office und City Maut.
- Güter auf öffentliche Verkehrsmittel verlagern.
- Internalisierung von ökologischen Kosten.
- Steuern, Abgaben, Gesetze und Subventionen für z.B. den Benzinpreis, Flugbenzinsubventionierung, Klimapauschale, Dienstwagenprivileg auf den Prüfstand stellen.
- Massives Investitionsprogramm für Verkehr.
- Neukonzeptionierung von intelligenter Infrastruktur.
- Massive Subventionierung von Forschung und Entwicklung von klimaverträglicher, intelligenter Mobilität.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)



Anhang

Gesetzliche Vorgabe für deutsche Pensionskassen. In ökologische Infrastruktur nachhaltig investieren.

2 Kommentare  19 stimme zu  10 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Abgeschnallt – mit Spaß unterwegs

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Weichen für ein umweltreiches Verhalten werden in der Kindheit angelegt. Deshalb schlagen wir eine Kampagne vor mit dem Ziel nachhaltiger Verhaltensänderungen bei Kindern, Jugendlichen & Familien zur Stärkung eines umweltfreundlichen Verhaltens.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Starten einer mittel- bis langfristigen Kampagne.
- Die Bundesregierung soll eine verbindliche Aufnahme in die Lehrpläne & Lehrmittel erwirken, z.B. durch Dialog mit den Ländern in der Kultusministerkonferenz (Unterstützung durch Länderranking).
- Finanzierung der kompletten Kampagne seitens der Bundesregierung.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Gütesiegel
- Integration in die Elternbriefe der Stadt
- Bonusprogramm für sicheres ökologisches Verkehrsverhalten
- Einbindung der Eltern in die Kommunikation (direkte Ansprache der Eltern, die ihre Kinder zur Schule fahren)

1 Kommentar  15 stimme zu  16 enthalte mich  3 stimme nicht zu

Schaffung eines alternativen, intelligenten, autonomen ÖPNV

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Der heutige ÖPNV befriedigt in vielen Fällen nicht die individuellen Bedürfnisse der Bürger (Zeit, Flexibilität, Kosten). Der jetzige Individualverkehr erzeugt zu viele umweltschädliche Emissionen und muss massiv reduziert werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll Forschungsprojekte initiieren und mitfinanzieren, die technologische Lösungen entwickeln, um folgende Idee zu verwirklichen:

Kabinen für 2-4 Personen, die autonom fahren, intelligent vernetzt sind und sich zu größeren Einheiten (Zügen) zusammenfügen können. Diese Kabinen holen die Person(en) nahe am gewünschten Startpunkt ab und bringen sie (fast) direkt zum Zielpunkt durch vernetzte Steuerung. Der Antrieb erfolgt durch Energie, die emissionsfrei gewonnen wird. Das System sollte gegenüber dem reinen Individualverkehr priorisiert werden, ähnlich den heutigen Busspuren.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Mögliche Partner: Fahrzeugindustrie (autonomes Fahren, Elektrofahrzeuge), Telekommunikationsindustrie (Vernetzung der Kabinen), Forschungseinrichtungen.



Anhang

3 Kommentare  19 stimme zu  9 enthalte mich  9 stimme nicht zu

Verkehrsvermeidung und –verlagerung in den Kommunen gesetzlich regeln

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Zur Erreichung einer klimafreundlichen Stadtentwicklung fehlt in den Kommunen ein verbindliches, einheitliches, rahmensetzendes Verkehrsleitbild zur Verlagerung auf emissionsarme Verkehrsarten.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll die Kommunen ermächtigen und verpflichten, entsprechende Leitbilder zu entwickeln wie z.B.:

- Mindestanzahl von Parkplätzen für E-Fahrzeuge.
- Infrastruktur für emissionsarme Fahrzeuge (Ladestationen, Standards für Radwege).
- Busspurennutzung und andere Vorrechte.
- Verpflichtung der Kommunen für einheitliche Radwege und ÖPNV-Routen.
- Kommunal übergreifende Planungen (Abstimmungsverpflichtung, Gesamtplanungsbüro auf regionaler Ebene).
- Feste Fördersätze für die Maßnahmen in den Leitbildern (z.B. Bund 50%).

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Adressaten: Länder und Kommunen.

5 Kommentare  15 stimme zu  13 enthalte mich  5 stimme nicht zu

Mobilitäts-Flatrate im Verkehrsmix

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Um der ansteigenden Schadstoffbelastung durch Individualverkehr entgegenzuwirken, sollte es Bürgern ermöglicht werden, einen intelligenten Mobilitätsmix in Anspruch zu nehmen. Die Umsteigerrate auf CO₂-ärmere Mobilität ist zu gering, daher muss die Attraktivität durch neue, integrierte Verkehrskonzepte erhöht werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung soll/muss einen Masterplan mit Bund, Ländern und Kommunen erarbeiten, um ein einheitliches System umzusetzen (Bsp.: 99 € monatlich).
- Die Mobilitäts-Flatrate muss in der Handhabung und Nutzung/Bezahlung einfach sein.
- Mittel zur Förderung und Subventionierung sollen aus einer stärkeren Besteuerung aller CO₂-lastigen Verkehrsmitteln genommen werden, so dass es für jeden Bundesbürger bezahlbar ist.
- Die Bundesregierung soll ÖPNV-Plattformen fördern, um eine Multimodalitätsfunktionalität zu vereinfachen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Aufklärungspflicht bei Neuwagenkauf bzgl. der Alternativen und Fördermöglichkeiten. Die Flatrate gilt nur für CO₂-freie Transportmittel. Partner: Verkehrsmittelanbieter (E-Bike, Car-Sharing, ÖPNV, Züge, Busse).



Anhang

5 Kommentare  10 stimme zu  12 enthalte mich  8 stimme nicht zu

Der normale Haushaltsstecker soll zum Standard bei E-Autos werden!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Es muss die vorhandene Infrastruktur genutzt werden, um schnell die Akzeptanz und Praktikabilität zu erhöhen und klarzustellen, dass E-Autos überall aufgeladen werden können – und zwar schon jetzt.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Verfügbarmachung von Standard-Steckdosen zum Laden, z.B. bei Supermärkten, Restaurants... soll gefördert werden. Eine Aufklärungskampagne starten über die Verfügbarkeit von Lademöglichkeiten und der Vorteile von E-Mobilität, z.B. Preisvorteile, Umweltaspekte wie: Lärm, Abgase,...

4 Kommentare  8 stimme zu  12 enthalte mich  8 stimme nicht zu

Landwirtschaft/Landnutzung

Agrarwende jetzt – Regionale, ökologische Landwirtschaft = Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Industrielle Landwirtschaft zerstört langfristig die Lebensgrundlagen – aktuell spüren dies Menschen in Entwicklungsländern, mittelfristig auch in Europa und Deutschland.
- Gerade der Import von Futtermitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Rohstoffen (Palmöl, Rindfleisch) zerstört CO₂-Speicher (Regenwälder) und erhöht den Ausstoß von CO₂ (Brandrodung, Verkehr). Ökologische, regionale Landwirtschaft benötigt diese internationalen Handelswege nicht.
- Industrielle Landwirtschaft bedingt sehr hohes, klimaschädliches Verkehrsaufkommen, wirkt sich schädlich auf Bodenfruchtbarkeit, Luftqualität und auf Reinhaltung des Grundwassers aus.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Agrarsubventionen nur noch landwirtschaftliche Betriebe erhalten, die nachhaltige und ökologische Landwirtschaft in regionalen Bezügen betreiben.
- Die Bundesregierung muss die industrielle Landwirtschaft mit Abgaben und Steuern belasten, um mit diesen Einnahmen den Umbau auf Ökolandbau zu finanzieren (z.B. Pflanzenschutzmittelabgabe, Stickstoffsteuer...).
- Die Bundesregierung muss durch finanzielle Anreize den Aufbau regionaler Versorgungskreisläufe (Produktion, Verarbeitung, Handel) fördern.
- Nationales Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen, Saatgut und Tieren beschließen, weil dies die industrielle Landwirtschaft befördert.
- Genossenschaften und Formen von sozialer und solidarischer Landwirtschaft durch Zuschüsse fördern.
- Gesetzliche Regelungen schaffen, die eine Mindesteigenfuttererzeugung (z.B. 50%) bei tierhaltenden Betrieben vorschreiben und eine maximale Zahl an Tieren je Hektar (z.B. 2 Großvieheinheiten (GV)/ha).



Anhang

- Keine Handelsabkommen unterzeichnen, die industrielle Landwirtschaft bevorzugen (z.B. CETA, TTIP).

17 Kommentare  49 stimme zu  3 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Industrielle Landwirtschaft stoppen, Ökolandbau fördern!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Durch die industrielle Landwirtschaft werden Böden ausgelaugt, limitierte Ressourcen werden überbeansprucht. Hohe CO₂-, N₂O- und CH₄-Emissionen, lange Transportwege sind Folgen dieser aktuellen Form der Landwirtschaft, die sich auch in der mangelnden Qualität der Produkte niederschlägt, wodurch die Gesundheit gefährdet wird. Diese Form der Landwirtschaft darf nicht mehr subventioniert werden, daher ist ein Umbau erforderlich.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung soll die Rahmenbedingungen schaffen und auf allen Ebenen (EU) die ökologische und regionale Landwirtschaft strukturieren und langfristig gezielt fördern.
- Die Subventionierungssystematik muss in diesem Sinne ganz neu ausgerichtet werden, dazu gehört auch eine Ausbildungs- und Umschulungsinitiative für den ökologischen Landbau.
- Es werden klare gesetzliche Vorgaben benötigt, die sich an strengen ökologischen Richtlinien orientieren.
- Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Flächen nicht für den Anbau von Pflanzen für die Energieerzeugung genutzt werden.
- Für diese Ziele sollte sich die Regierung auch in internationalen Gremien einsetzen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Regionale Vertriebsstrukturen und Vermarktung.

12 Kommentare  43 stimme zu  0 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Abschaffung der Massentierhaltung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Massentierhaltung führt zur Klimaschädigung durch Luftverschmutzung, Bodenbelastung und Grundwasserverschmutzung. Das muss gestoppt werden. Durch den in der Massentierhaltung notwendigen Einsatz von Unmengen an Medikamenten (Antibiotika) und pestizidbelastetem Futter ist die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet. Artgerechte Tierhaltung und Artenvielfalt muss Standard sein. Erhalt lebenswerter Umwelt für die nachkommenden Generationen durch nachhaltigen Umweltschutz!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Entwicklung und Vorbereitung themenbezogener Kommunikationskampagnen und Arbeitsmaterialien für Kindergärten, Schulen und andere Bevölkerungsgruppen. Anreize verstärken, um neues Handeln zu ermutigen und positive Beispiele zu schaffen, durch

- finanzielle Unterstützung
- kostenlose Expertenberatung
- etc.



Anhang

der Landwirte. Gesetze müssen den Rahmen schaffen, angewandt und kontrolliert werden. Subventionsumverteilung von der industriellen Landwirtschaft an ökologisch und nachhaltig geführte Kleinbetriebe. Nur durch eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung werden die Maßnahmen Erfolg haben.

89 Kommentare  42 stimme zu  5 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Nachhaltigkeit als zentrales Ziel der Landwirtschaftsplanung

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Aufgrund von Lebensmittelskandalen und Umweltschäden durch die Agrarindustrie ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Agrarpolitik geschädigt. Das Ökosystem gerät aus dem Gleichgewicht durch den übermäßigen Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden, Tierarzneimitteln und den hohen Fleischverbrauch von Monokulturen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Biodiversität fördern und steigern durch weite Fruchtwechsel, kleinere Flächen, regionale Arten und Sorten.
- Schaffung von Anreizen für regionale Produkte, um die Wegeketten zu verkürzen und den Energieverbrauch zu senken.
- Förderung des Umwelt- und Gesundheitsbewusstseins durch Bildung von der KiTa an.
- Ausgewogenheit der Nutzung von verschiedenen Landwirtschaftsformen, z.B. Forst- und Wasserwirtschaft herbeiführen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Subventionsstreichung für Agrarindustrie.
- Kleine und mittelständische Familienbetriebe fördern.
- Harmonisierung der Strategien auf EU-Ebene.
- Förderung der unabhängigen Forschung.
- Staatliche Kontrolle.

12 Kommentare  33 stimme zu  2 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Massentierhaltung stoppen!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Durch die Reduzierung und langfristige Abschaffung der Massentierhaltung erreicht man das größtmögliche Einsparpotential an Treibhausgasen wie Methan, CO₂ und Lachgas. Weitere Verringerungen der Emissionen ergeben sich durch weniger Futtermittel/Tiertransporte. Ein positiver Nebeneffekt ist die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch weniger Einsatz von Antibiotika, Düngemitteln und Pestiziden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll:

- Subventionierungen für Massentierhaltung streichen und die Förderung ökologischer Landwirtschaft/bäuerlicher Kleinbetriebe voranbringen.
- Die 2 GV/ha Begrenzung wieder einführen.



Anhang

- Emissionen aus Massentierhaltung besteuern, ähnlich wie die Tabaksteuer.
- Obergrenzen für Stallneubaumaßnahmen und deren Bezuschussung einführen (z.B. maximal 60 Tiere pro Stall).
- Gebühren für Bodenschädigung durch Gülleausbringung sowie Pestizide und Düngung einführen.
- Eine EU-weite Regelung zur Begrenzung der Massentierhaltung einführen (am Beispiel Niederlande und Dänemark, Problem der Verlagerung nach Deutschland).

15 Kommentare  34 stimme zu  6 enthalte mich  5 stimme nicht zu

Aufforstung – CO₂-Senkung durch Forstwirtschaft

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Bäume sind eine sehr gute natürliche Möglichkeit, CO₂ auf lange Zeit zu speichern und dadurch der Atmosphäre zu entziehen. Bäume üben durch die Sauerstofffreisetzung, durch CO₂-Speicherung und die Staubfilterung einen positiven Effekt sowohl auf das lokale und globale Klima und die Lufthygiene aus. Zusätzlich wird das innerstädtische Klima durch Erhöhung der Luftfeuchtigkeit und Reduzierung der Temperatur vor allem im Sommer positiv beeinflusst. Bäume zu pflanzen, ist ein leicht umsetzbares Ziel, die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr hoch und die Maßnahme ist im Vergleich zu anderen Projekten sehr effizient und kostengünstig.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung sollte die Fläche von Staatswäldern erhöhen. Dies könnte durch eine zusätzliche Aufforstung von Brachflächen zu Wäldern erfolgen (z.B. alle 5 Jahre um 2%). Die Aufforstung sollte nicht durch Monokulturen, sondern durch Mischwälder erfolgen. Zusätzlich sollte die Umtriebszeit deutlich erhöht werden. Bei Privatwäldern und Waldbauern können durch Förderprogramme und Subventionen Anreize geschaffen werden, die Umtriebszeiten von Bäumen zu erhöhen. Zusätzlich sollten durch Förderprogramme bestehende Monokulturen, besonders Nadelhölzer, zu gesunden Mischwäldern umgewandelt werden.
- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene entsprechende Programme auch in anderen Ländern gefördert und umgesetzt werden.
- Eine Möglichkeit, wieder mehr Bäume in die Städte zu bekommen, ist eine Entsiegelung von Flächen in der Stadt.
- Die Schaffung von Kleinflächen mit Bäumen kann durch Mitbeteiligung von Bürgern, z.B. Baumpatenschaften oder „Urban Gardening“ erleichtert werden.
- Die Bundesregierung kann durch „Lockerung“ von Vorschriften und Gesetzen das Mitwirken der Bürger erleichtern.

13 Kommentare  31 stimme zu  4 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Extensive Landwirtschaft und verantwortungsbewusste Ernährung fördern

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Für eine nachhaltig hohe Lebensqualität auch künftiger Generationen sind gesunde Böden, saubere Luft und sauberes Wasser nötig.
- Die intensive, konventionelle Landwirtschaft (und deren Folgeschäden) hat einen schädlichen Einfluss auf Umwelt und Gesundheit.



Anhang

- Da voraussichtlich die Bedeutung der Landwirtschaft beim CO₂-Ausstoß stark zunehmen wird, muss besonderes Augenmerk auf weitere CO₂-Reduktion durch extensive Bodennutzung gelegt werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Menschen sollen durch Schule und Medien frühzeitig und intensiv informiert und sensibilisiert werden für einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion.
- Irreführende Werbung für ungesunde und klimaschädliche Lebensmittel sollte unterbunden werden.
- Kennzeichnung von und Mehrwertsteuererhöhung für intensiv erzeugte/n Nahrungsmittel/n (z.B. Fleisch).

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Landwirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Medienvertreter (öffentlich-rechtlich und privat), Werbeagenturen.

9 Kommentare  27 stimme zu  5 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Weniger (Fleisch) ist mehr (Klima) – CO₂-Reduktion durch Regulierung der Fleischproduktion

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Die Menschen erleiden negative Folgen im Bereich Klima, Umwelt und Gesundheit, da die Marktmechanismen versagen, so dass zu hohe Mengen mit zu schlechter Qualität produziert werden.
- Produktionsstätten, die Massentierhaltung praktizieren, verursachen einen enormen CO₂-Ausstoß durch die tiereigenen Verdauungsgase.
- Die derzeitige Tierhaltung, Fleischverarbeitung und Transportkette benötigt einen überdimensional hohen Energieverbrauch.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Die Bundesregierung soll gesetzlich regeln, dass ausschließlich Betriebe mit ökologischer Landwirtschaft subventioniert werden.
- Es sollen Programme zu Alternativen erarbeitet werden, wenn eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft nicht möglich ist.
- Es soll ein Gesetz zum Verbot von Massentierhaltung erlassen werden.
- Verfassen einer gesetzlichen Regelung zur lückenlosen Kennzeichnungspflicht über Herkunft, Herstellung, Transport und Verarbeitung des Produkts (auch für Importprodukte), z.B. in Form einer „Klima-Ampel“.
- Einwirken der Bundesregierung auf die Landesregierungen zur verbindlichen Aufnahme von ökologischer Früherziehung in das Curriculum für Kindergärten und Schulen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Ausweitung auf EU-Ebene.

13 Kommentare  26 stimme zu  7 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Kampagne zur Aufklärung über die Zusammenhänge Landwirtschaft-Klimaschutz-Gesundheit



Anhang

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Jeder ist betroffen. Es besteht zu wenig Wissen in der Bevölkerung über die Zusammenhänge Landwirtschaft-Gesundheit-Klimawandel. Wirksamer Klimaschutz erfordert Verhaltensänderungen jedes Einzelnen. Das setzt Wissen über die Zusammenhänge voraus, um Eigenverantwortung entwickeln zu können. Auch nicht-aktiv interessierte Bürger müssen erreicht werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll Infokampagnen (in Anlehnung an Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – Aids, Nichtraucher) entwickeln. Dabei sollten neben herkömmlichen Medien (Plakate, Broschüren) auch neue Medien genutzt werden – z.B. Internet, Apps etc.

Z.B. führt die Düngung in der intensiven Landwirtschaft zu einer Grenzwertüberschreitung des zulässigen Nitratgehalts im Grundwasser, was die Trinkwasserversorgung nachhaltig bedroht und die Aufbereitung verteuert. Gleichzeitig entstehen Treibhausgase.

Die Bundesregierung soll eine Plattform bieten, die es Modell- und Forschungsprojekten ermöglicht, sich zu vernetzen. Auch hierüber sollen Bevölkerung und Landwirte etc. informiert sein, um die Angebote zu kennen und zu nutzen – z.B. „log4green“ – Zentrum für Logistik und Verkehr.

Die Bundesregierung soll Verbraucherberatung zu Klimaschutzthemen anbieten und fördern.

Die Bundesregierung soll weitere Akteure in die Aufklärung einbeziehen, z.B. Krankenkassen, Vereine, Bildungseinrichtungen.

3 Kommentare  21 stimme zu  6 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Wende in der Landwirtschaft, wie Energiewende

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass unser Konsumverhalten einen hohen Preis für das Klima hat.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Informationspolitik zur Bewusstmachung der Klimaschädlichkeit der industriellen Landwirtschaft in Verbindung mit unserem Konsumverhalten.
- Mehr Forschung in der Mikrobiologie.
- Aufklärung der Bevölkerung über Massentierhaltung und deren Konsequenzen wie auch über die Schadstoffemissionen aus der Landwirtschaft.
- Förderprogramme an Kitas und Schulen.
- Globales Denken anregen.

14 Kommentare  19 stimme zu  12 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Unabhängige Forschung zum Dauerhumusanbau und –einsatz fördern!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Dauerhumus ermöglicht:

- Erhöhte CO₂-Aufnahme im Boden durch Einarbeitung von Holzkohle (Pflanzenreste), Abwärme nutzbar – Synergieeffekt!



Anhang

- Optimale Flächennutzung durch Hohertragsböden ohne chemischen Dünger und Pestizide!
- Ausgleichenden Wasser- und Nährstoffspeicher bei Dürre oder Starkregen!
- Einen geschlossenen Kohlenstoffkreislauf! Terra preta!

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll:

- Dazu Förder- und Forschungsmittel bereitstellen!
- Ergebnisse veröffentlichen und allgemein zur Verfügung stellen!
- Schulen, Berufsausbildung, Vereine etc. einbinden.
- Umstellung bezuschussen!
- Pestizide und chemische Dünger entsprechend ihrer Umweltschädigung belasten!
- Landgrabbing durch Hedgefonds o.Ä. verhindern!

4 Kommentare  18 stimme zu  6 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Förderung der ökologischen Landwirtschaft

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Reduktion der klimaschädlichen Gase.
- Erosion der Böden verhindern.
- Versäuerung der Böden entgegenwirken.
- Ressourcenschonung.
- Reduktion der Massentierhaltung.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Reduzierung der Düngung, z.B. durch N₂-Fixierung der Pflanzen aus der Luft mittels Gentechnik (Forschung).
- Umweltfreundliche Verpackung (abbaubar/essbar).
- Für die Bioverträglichkeit von Einträgen in Erde und Luft sorgen (z.B. Gesetze).
- Aufklärung über das Leid der Massentierhaltung (Schule, Medien).
- Wirtschaftlich unstrittige Empfehlungen politisch um-/durchsetzen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Unabhängige Forschung.

14 Kommentare  14 stimme zu  13 enthalte mich  4 stimme nicht zu

Abschaffung der Massentierhaltung, Reduzierung des hohen Fleischkonsums durch Steuern/Subventionen und Information

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Reduzierung der Methangase durch Abschaffung der Massentierhaltung.
- Durch artgerechte Tierhaltung weniger Krankheiten = geringerer Antibiotikamissbrauch.
- Durch Reduzierung des Fleischkonsums weniger Flächen für Futtermittelanbau nötig.
- Frühzeitige Erziehung aller Kinder zu einem gesunden und ethischen Ernährungsverhalten.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Ökologische Tierhaltung wird subventioniert.



Anhang

- Massentierhaltung wird besteuert.
- TTIP, CETA und TISA müssen daher nachverhandelt werden.
- Vom Kindergarten bis zur Hochschulreife muss das entsprechende Wissen vermittelt werden.
- Über die Kultusministerkonferenz schaffen die Kultusministerien das Unterrichtsfach „Ernährungskunde“ (artgerechte Tierhaltung, ökologischer Anbau und Verarbeitung von Lebensmitteln).
- Drastische Dokumentationsfilme über Tierhaltung und Abschachtung in Schulen und Medien.

24 Kommentare  19 stimme zu  10 enthalte mich  13 stimme nicht zu

Gesetzliche Regelung zur Umstellung auf ausschließlich ökologisch nachhaltige Landwirtschaft

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

- Die Zersiedlung der Landwirtschaft auf Kosten landwirtschaftlich nutzbarer Flächen muss gestoppt werden.
- Unsere Umwelt ist heute schon stark belastet durch Düngemittel, Herbizide und Insektenvernichtungsmittel. Darunter leidet die Gesundheit der Bevölkerung, die heimische Flora und Fauna.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Entwicklung eines nachhaltigen/ökologischen Leitbilds, das über Medien und in Bildungseinrichtungen vermittelt wird.
- Die Regulierung der Verbraucherpreise über verschiedene Steuersätze (z.B. ein geringerer Steuersatz für regionale und nachhaltig/ökologisch erzeugte Lebensmittel).
- Der zur Verfügung stehende Boden sollte nur noch zur Herstellung von Lebensmitteln gepachtet und verwendet werden dürfen.
- Die Tierhaltung sollte dem inländischen Bedarf angepasst sein.
- Klimaampel für Lebensmittel.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Partner: Medienvertreter, Journalisten, Anbauverbände (z.B. Demeter, Bioland).

19 Kommentare  16 stimme zu  10 enthalte mich  12 stimme nicht zu

Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen

Kennzeichnung der Produkte nach ökologischem Fußabdruck

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Verbraucher benötigen ein aussagekräftiges Siegel, um ihre Kaufentscheidung im Sinne des Klimaschutzes treffen zu können. Aktuell gibt es kein Instrument zur Bewertung der Ökobilanz in Unternehmen. Damit fehlt auch die Beurteilungsgrundlage für politische Entscheidungsträger, um im Sinne des Klimaschutzes Weichen zu stellen. Nur nachhaltiges Wirtschaften sichert das Überleben künftiger Generationen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Wichtig für die Einführung eines Klimaschutz-Siegels ist, dass nach Branchen spezifiziert und die Ökobilanz des Produkts sichtbar gemacht wird. Das Siegel muss optisch eindeutig und einfach zu verstehen sein (Ampel). Für jedes Produkt muss eine Ökobilanz vorgelegt werden, die eine Klassifizierung erlaubt. Folgende Punkte muss das Siegel berücksichtigen:

- CO₂-Emissionen im Lebenszyklus.
- Recyclingmöglichkeiten.
- Lebensdauer und Mindesthaltbarkeit.
- Reparaturfähigkeit.
- Nachverfolgbarkeit vom Rohstoff zum Endprodukt.

Dadurch entsteht die Möglichkeit, Produkte entsprechend ihrer Klassifizierung steuerlich zu bewerten. Entscheidend ist eine Informationsoffensive zum Siegel!

3 Kommentare  54 stimme zu  1 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Anreize für langlebige Produkte schaffen!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die stetig wachsende Ressourcenverschwendung muss eingedämmt werden, zudem die Kosten für die dadurch entstandene Müllbeseitigung immer weiter steigen und die Umwelt immer stärker belastet wird.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die herstellenden Unternehmen sollen ihre Produkte nach Ablauf ihrer Lebensdauer gegen Pfand zurücknehmen. Zudem sollte der Hersteller eine Produktlebensdauer angeben können, die über der Garantiefrist liegt. Ein Nachweis über sog. „geplante Obsoleszenz“ sollte sofort hart bestraft werden. Die für den Hersteller sinkenden Gewinne sollten aber durch Service, Reparatur und Austausch der Geräte, sog. Serviceverträge, ausgleichbar sein. Zudem sollten für die Geräte nachhaltig produzierte Rohstoffe verwendet werden, die abbaubar und generell wiederverwendbar sind. Beim Bürger sollte ebenfalls eine frühe Aufklärung gewährleistet sein, die das Bewusstsein für eine nachhaltige Produktgestaltung weckt.

4 Kommentare  46 stimme zu  2 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Förderung biologisch abbaubarer Verpackungen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Nicht abbaubarer Plastikmüll hat in den vergangenen Jahren beständig zugenommen, bedroht die Tierwelt und ist inzwischen in der Nahrungskette angekommen. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, ist das Problem nicht mehr beherrschbar! Verringerung von Plastik schont die Erdölrreserven und reduziert die CO₂-Emissionen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

- Supermärkte ohne Plastiktüten als gesetzliche Regelung.
- Subventionierung von biologisch abbaubaren Verpackungen oder 100% recyclebar.
- Erhöhung von Forschungsgeldern für alternative Verpackungen und alternative Rohstoffe.
- Keine Schlupflöcher für industrielle Verpackungen.
- Beeinflussung der EU-Vorschriften.



Anhang

- Restriktionen bei Plastikimporten.
 - Firmen haften für ihre Produkte und tragen die Kosten für die Entsorgung.
- Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Termin mit dem Verband der Verpackungsindustrie vereinbaren! Wettbewerb und Förderpreise ausloben!

2 Kommentare  39 stimme zu  2 enthalte mich  3 stimme nicht zu

Förderung von Ressourcen- und CO₂-sparenden Produkten und Dienstleistungen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die Bepreisung eines Produkts oder einer Dienstleistung spiegelt momentan nicht den realen Preis dar, der auch für die Beseitigung entstandener Umweltschäden gezahlt werden müsste. Die realen Kosten eines Produkts beinhalten auch die Umweltkosten. Dies sollte sichtbar werden und Einfluss auf Kaufentscheidungen nehmen. Hindurch werden umweltfreundliche Produkte gefördert.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Verschiedene Methoden können zur Umsetzung angewandt werden:

- Einführung einer Klimaabgabe für die Produktion, Verpackung, Logistik und Entsorgung von Produkten in Abhängigkeit vom Ressourcenverbrauch und der Bildung schädlicher Klimagase. Die Klimaabgabe soll für die Förderung klimafreundlicher Produkte und Dienstleistungen verwendet werden.
 - Erarbeitung von weiterführenden Regelungen zur Kennzeichnungspflicht (Beispielsweise Energieverbrauch bei Produktion und Verbrauch), zur Recyclingquote (Ziel: Erhöhung der Recyclingquote, Senkung des Primärenergieverbrauchs).
 - Maßnahme zur Förderung von umweltfreundlichen und lange nutzbaren Produkten: Es sollen verlängerte Garantiezeiten vorgeschrieben werden. Hersteller reparaturfähiger Geräte erhalten Prämien. Bereitstellung einer Internet-Plattform für Firmen, die reparieren oder reparaturfähige Geräte anbieten. Zusätzlich bringt die Förderung von Verleihportalen eine Reduzierung von Produktmüll.
 - Öffentlichkeitsarbeit, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen durch direkte Ansprache per Post an alle Bürger und positive Anreize für Firmen mit Prämierung und öffentlichem Ranking.
- Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Für Internet-Plattform zur Sharing Economy: siehe Seoul (Korea).

4 Kommentare  30 stimme zu  2 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Klimafreundlichen Konsum fördern durch Aufklärung und Information

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Den Bürgern ist größtenteils gar nicht bewusst, welche Energiebilanz unsere Konsumgüter haben. Dieses Bewusstsein muss durch Aufklärung und Information geschärft werden. Nur durch Transparenz der Ökobilanz wird der Verbraucher in die Lage versetzt, klimafreundliche und



Anhang

nachhaltige Produkte zu kaufen und damit Druck auf Herstellungsprozesse und -orte auszuüben.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll eine Klimabilanzkennzeichnung auf allen Konsumgütern einführen (Energieverbrauch bei Rohstoffgewinnung, Produktion und Transport). Die Kennzeichnung soll so gefasst sein, dass der Inhalt schnell und einfach zu erfassen ist (Ampellösung). Missbrauch soll bestraft werden. Lobbygruppen aus dem Bereich Natur/Umwelt sollen besser gefördert werden.

Um einen Wertewandel bei den Verbrauchern zu erreichen, sollen Aufklärungs- und Imagekampagnen gestartet werden, z.B. Wettbewerbe, Preisausschreiben, Innovationspreise, Schulaktionen, Mitmachkampagnen.

1 Kommentar  29 stimme zu  0 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Folgekosten des Konsums (aller Güter) sichtbar machen! Umweltbilanz!

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Effizienzklassen stellen nicht die gesamte Umwelt-/Ökobilanz dar. Es macht aktuell ganzheitlich keinen Sinn, ein funktionierendes Gerät mit schlechter Effizienzklasse gegen ein moderneres, sparsameres auszutauschen. Folgekosten werden ab der Entstehung (von der Rohstoffgewinnung) bis zu monetären, wie umweltbelastenden Entsorgungskosten nicht berücksichtigt.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Schaffung von verständlichen Einheiten der Umweltbilanz unter Berücksichtigung möglichst vieler Einflussfaktoren. Vorlauf (1) – Lebenszyklus – Nachlauf (2).

1. Von der Rohstoffgewinnung bis zur Anlieferung.
2. Vom Abtransport bis zum Recycling/Entsorgung
 - Subventionen abhängig von Umweltbilanz: Anreize für den Endverbraucher schaffen.
 - Steuerung umweltschonender Produktion auch durch Zölle/Entwicklungshilfen.
 - Bildung: fachübergreifender Umweltunterricht.
 - Beratung: Stärkung von Verbraucherzentralen.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

- Unabhängige Institute zur Überprüfung der Standards.
- Universitäten und Forschungsinstitute zur Schaffung der Standards.
- Transparenz

1 Kommentar  25 stimme zu  6 enthalte mich  0 stimme nicht zu

Klimafußabdruck bei Produkten und Dienstleistungen transparent machen

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Bei Kaufentscheidungen kann zurzeit nur mit aufwändigen Recherchen die Klimabilanz berücksichtigt werden. Durch z.B. den Aufdruck auf Etiketten werden Verbraucher in die Lage versetzt, klimarelevante Entscheidungen zu treffen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?



Anhang

Die Bundesregierung muss durch Einführung einer Kennzahlenmethode sicherstellen, dass für alle relevanten Prozesse bei der Herstellung, Transport usw. eine CO₂-äquivalente Bilanz des einzelnen Produkts ermittelt wird. Dazu müssen die internen und externen Produktionsabläufe eines Betriebes oder einer Dienstleistung untersucht und bilanziert werden. In die CO₂-äquivalenten Zahlen fließen alle treibhausrelevanten Emissionen ein (z.B. Methan). Eine Kommunikationskampagne, die möglichst viele Verbrauchergruppen erreicht, sollte die Einführung begleiten. In einem zweiten Schritt sollte nach Evaluierung der Maßnahmen geprüft werden, ob ein Regulierungsbedarf besteht, z.B. durch Festlegung von Höchstwerten bei Produktgruppen oder Besteuerung nach CO₂-Äquivalenten.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

TÜV, Universitäten, Ökoinstitute.

4 Kommentare  25 stimme zu  4 enthalte mich  2 stimme nicht zu

Transparenzzertifikat für Verbraucher auf Produkten

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Ziel ist es, den Verbraucher umfassend zu informieren und handlungsfähig zu machen durch Kennzeichnung am einzelnen Produkt. (Ab einer bestimmten Firmengröße!)

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Die Bundesregierung soll ein Instrument schaffen zur offensichtlichen Deklaration der Produkte in Form eines Symbols. Kriterien könnten sein:

- CO₂-Bilanz der gesamten Produktionskette.
- Herkunft und Vertriebswege aller Inhalte eines Produkts.
- Arbeitsbedingungen bei der Herstellung/Firmenaufstellung.
- Art der Vermarktung/Werbung.

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Ein allgemein verständliches, übergreifendes Label (evtl. App mit tiefergreifenden Informationen).

2 Kommentare  20 stimme zu  8 enthalte mich  1 stimme nicht zu

Umwelt: Bewusstsein stärken von „Kindesbeinen an“

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Leitlinien für das Umweltbewusstsein sollten schon im Kindesalter vermittelt werden. Vom Kindesalter an bis zur Abiturklasse müsste bundesweit das Thema Klimaschutz als Lehrfach integriert werden.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Kita: Spielerisch das Umweltbewusstsein vermitteln (Täglich ca. 1/2h).

In der Grundschule 2-3h wöchentlich Ökologie und Ökonomie als Unterrichtsfach. Weiterhin durch praktische Erfahrungen (z.B. Exkursionen, praktische Beispiele und Präventionsmaßnahmen einleiten).

Bei allen weiteren Schulen muss das Thema „Umwelt“ durch eine Abschlussprüfung nachgewiesen werden. Ziel: Bewusstseinsbildung „wie möchten wir leben“.



Anhang

Optional: Weitere Konkretisierung (Instrumente, Partner, Adressaten,...)

Partner für das Vorhaben: Kultusministerium, Bundesländer

3 Kommentare  18 stimme zu  6 enthalte mich  6 stimme nicht zu

Einführung einer Kreislaufwirtschaft bei Gebrauchsgütern

Den Handlungsdruck auf den Punkt gebracht: Darum muss die Bundesregierung hier aktiv werden:

Die anfallende Müllmenge sorgt für steigende Umweltverschmutzung und muss daher massiv reduziert werden. Das Recyceln von Rohstoffen schont die vorhandenen Ressourcen.

Beschreibung: Was soll die Bundesregierung tun?

Es sollte eine Rücknahmeverpflichtung für die Hersteller von Gebrauchsgütern gesetzlich vorge-schrieben werden. Die Akzeptanz dieser Kreislaufwirtschaft kann durch Vergünstigungen bei der Um-satzsteuer (zeitlich begrenzt) gefördert werden. Ein verpflichtendes Rückversicherungssystem zur Absicherung gegen Insolvenzrisiken muss begleitend aufgebaut werden. Mit ausländischen Herstel-lern sind entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

5 Kommentare  14 stimme zu  8 enthalte mich  5 stimme nicht zu